



Amtsblatt

des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport

13. Jahrgang	Potsdam, den 26. Mai 2004	Nummer 8
---------------------	----------------------------------	-----------------

Inhaltsverzeichnis

I. Amtlicher Teil

Bildung

Seite

Verordnung zur Änderung der Sekundarstufe I – Verordnung vom 15. April 2004.	194
Dritte Verwaltungsvorschriften zur Änderung der VV – Aufsicht (3ÄVVVAUFs) vom 13. April 2004	194
Rundschreiben 1/04 vom 19. April 2004 Weitergeltung von Rundschreiben	198
Rundschreiben 6/04 vom 22. April 2004 Zusammenarbeit der Oberstufenzentren mit der Wirtschaft zur Vermeidung von Ausbildungsabbruch sowie zur Senkung der Durchfallquoten in Abschlussprüfungen.	207

II. Nichtamtlicher Teil

Mitteilung 17/04 vom 19. April 2004 Übersicht über geltende Verordnungen, Verwaltungsvorschriften und Richtlinien	211
Ausschreibung für eine Erweiterung des Modellvorhabens „Stärkung der Selbstständigkeit von Schulen“	225
Stellenausschreibung für eine deutsche Schule im Ausland	228

I. Amtlicher Teil**Bildung****Verordnung zur Änderung der
Sekundarstufe I-Verordnung**

Vom 15. April 2004
(GVBl. II S. 318)

Auf Grund des § 23 in Verbindung mit § 60 Abs. 4 des Brandenburgischen Schulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. August 2002 (GVBl. I S. 78) verordnet der Minister für Bildung, Jugend und Sport:

Artikel 1

Änderung der Sekundarstufe I-Verordnung

Die Sekundarstufe I-Verordnung vom 18. Dezember 2003 (GVBl. 2004 II S. 2) wird wie folgt geändert:

§ 48 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) Nach Satz 2 wird folgender Satz 3 eingefügt:

„Die Abschlussnote ist nach der rechnerischen Ermittlung durch Auf- oder Abrunden festzusetzen.“

b) Satz 3 wird Satz 4 und wie folgt gefasst:

„Liegt das rechnerische Ergebnis genau zwischen zwei Notenstufen oder Punktwerten (n,5), ist zu Gunsten der Schülerin oder des Schülers zu entscheiden.“

c) Satz 4 wird Satz 5 und wie folgt geändert:

Nach dem Wort „entsprechend“ werden die Wörter „Satz 1 oder 2“ gestrichen.

Artikel 2

In-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Februar 2004 in Kraft.

Potsdam, den 15. April 2004

Der Minister für Bildung,
Jugend und Sport

Steffen Reiche

**Dritte Verwaltungsvorschriften
zur Änderung der VV-Aufsicht
(3ÄVVAUFs)**

Vom 13. April 2004
Gz.: 22.4

Aufgrund des § 146 des Brandenburgischen Schulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. August 2002 (GVBl. I S. 78) bestimmt der Minister für Bildung, Jugend und Sport:

1 - Änderung der VV-Aufsicht

Die VV-Aufsicht vom 8. Juli 1996 (ABl. MBS S. 383), zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschriften vom 3. Januar 2002 (ABl. MBS S. 11), werden wie folgt geändert:

1. Das Inhaltsverzeichnis wird wie folgt geändert:

a) Nach der Angabe „7 - Versorgung von verletzten oder erkrankten Schülerinnen und Schülern“ wird die folgende Angabe eingefügt:

„8 - Beförderung von Schülerinnen und Schülern in privaten Kraftfahrzeugen“.

b) Die bisherige Angabe 8 wird zu Angabe 9.

c) Nach der Angabe „Anlage 3: Sicherheit bei besonderen schulischen Veranstaltungen“ werden die folgenden Angaben angefügt:

„Anlage 4: Antrag auf Benutzung eines privaten Kraftfahrzeugs zur Beförderung von Schülerinnen und Schülern

Anlage 5: Einverständniserklärung und Ausschluss der Haftung für die Beförderung in einem privaten Kraftfahrzeug“.

2. In Nummer 4 Abs. 1 Satz 1 werden nach den Wörtern „des Unterrichts“ die Wörter „oder anderer schulischer Veranstaltungen“ eingefügt.

3. Nummer 6 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

a) Nach den Wörtern „naturwissenschaftlichen Fächern“ werden ein Komma und die Wörter „den Fächern Wirtschaft-Arbeit-Technik und Kunst“ eingefügt.

b) Nach den Wörtern „Sicherheit im“ wird das Wort „naturwissenschaftlichen“ gestrichen.

4. Nach Nummer 7 wird die folgende Nummer 8 eingefügt:

**„8 - Beförderung von Schülerinnen und Schülern
in privaten Kraftfahrzeugen**

(1) Die Beförderung von Schülerinnen und Schülern auf Unterrichtswegen soll grundsätzlich nicht mit privaten

Kraftfahrzeugen erfolgen. Die Schulleiterin oder der Schulleiter kann ausnahmsweise die Benutzung von privaten Kraftfahrzeugen gestatten, wenn das Fahrtziel sonst nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand zu erreichen ist und alle beteiligten Schülerinnen und Schüler, bei Minderjährigen deren Eltern, auf Anlage 5 schriftlich ihr Einverständnis erklärt haben. Dies trifft insbesondere zu für Fahrten im Rahmen von

- a) Veranstaltungen der Mitwirkungsgremien,
- b) Schülerwettbewerben und schulsportlichen Wettkämpfen sowie
- c) Exkursionen von Arbeitsgemeinschaften.

(2) Die Beförderung von Schülerinnen und Schülern mit privaten Kraftfahrzeugen ist auf dem Formblatt gemäß Anlage 4 zu beantragen. Die Entscheidung trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter. Die fahrzeugführende Person ist schriftlich mit der Beförderung zu beauftragen. Für regelmäßig wiederkehrende Veranstaltungen kann eine auf das Schuljahr befristete generelle Beauftragung erfolgen.

(3) Die fahrzeugführende Person soll durch eine schriftliche Erklärung der Eltern oder der volljährigen Schülerinnen

und Schüler auf Anlage 5 von der Schadensersatzpflicht für Sachschaden an mitgeführten Gegenständen befreit werden für den Fall, dass sie den Schaden nicht durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit verschuldet hat.

(4) Das Recht von Erziehungsberechtigten zur Beförderung ihrer eigenen Kinder mit ihrem privaten Kraftfahrzeug sowie die alleinige Benutzung von privaten Kraftfahrzeugen durch volljährige Schülerinnen und Schüler bleibt von den in Abs. 1 bis 3 getroffenen Regelungen unberührt.“

5. Die bisherige Nummer 8 wird zu Nummer 9.

6. Anlage 1 Nr. 5 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 2 wird nach dem Wort „Anstecker“ das Komma durch die Wörter „oder Piercing“ ersetzt.
- b) In Satz 3 werden nach dem Wort „Ohrsteckern“ die Wörter „oder Piercing“ eingefügt.

7. Nach Anlage 3 werden die folgenden Anlagen 4 und 5 angefügt:

**Antrag auf Benutzung eines privaten Kraftfahrzeugs
zur Beförderung von Schülerinnen und Schülern**

1.	Angaben zum Antragsteller		
	Name	Vorname	Telefon
	Straße	PLZ	Wohnort
2.	Angaben zum Fahrzeug		
	<input type="checkbox"/> PKW	<input type="checkbox"/> Kleintransporter	Amtl. Kennzeichen: <input style="width: 100px;" type="text"/>
	<input type="checkbox"/> verkehrssicherer Zustand gemäß STVZO ist gegeben		
	<input type="checkbox"/> Kraftfahrthaftpflichtversicherung besteht		
	<input type="checkbox"/> Kindersitze und Rückhalteeinrichtungen sind, sofern erforderlich, vorhanden		
3.	Angaben zur Beförderung		
	Grund der Beförderung		
	Geplante Fahrstrecke (Abfahrtsort, wesentliche Straßen, Zielort)		
	<input type="checkbox"/> einmalige Fahrt am	<input style="width: 100px;" type="text"/>	
	<input type="checkbox"/> mehrmalige Fahrten im Zeitraum	<input style="width: 150px;" type="text"/>	
	Anzahl der zu befördernden Schülerinnen und Schüler		<input style="width: 50px;" type="text"/>
	<input type="checkbox"/> schriftliches Einverständnis der Eltern oder volljährigen Schülerinnen und Schüler liegt vor		
	<input type="checkbox"/> Verzichtserklärung der Eltern oder volljährigen Schülerinnen und Schüler auf Sachschadensersatz liegt vor		
4.	Unterschrift des Antragstellers		
	Hiermit versichere ich, dass meine Fahrtauglichkeit für die beantragte(n) Fahrt(en) nicht eingeschränkt ist.		
	Ort/Datum	Unterschrift des Antragstellers	
5.	Genehmigung der Schulleiterin oder des Schulleiters		
	<input type="checkbox"/> Die notwendige Fahrerlaubnis des Antragstellers hat vorgelegen		
	<input type="checkbox"/> Die unter Nummer 3 beantragte Beförderung wird genehmigt und die unter Nummer 1 bezeichnete Person mit der Beförderung beauftragt.		
	<input type="checkbox"/> Für die Beförderung werden folgende Auflagen erteilt		
	<input type="checkbox"/> Die Beförderung wird nicht genehmigt		
	Ort/Datum	Unterschrift der Schulleiterin/des Schulleiters	

Anlage 5

Einverständniserklärung und Ausschluss der Haftung

Hiermit erkläre ich mein Einverständnis, dass ich/meine Tochter/mein Sohn

_____ (Name der Schülerin/ des Schülers)

am/im Zeitraum _____ (Datum bei einmaliger Beförderung/Zeitraum bei regelmäßig wiederkehrenden Beförderungen)

im Rahmen der schulischen Veranstaltung

_____ (Bezeichnung der schulischen Veranstaltung)

in dem privaten Kraftfahrzeug, amtliches Kennzeichen:

von Herrn/Frau. _____ befördert werde/wird. (Name der FahrerIn/des Fahrers)

Ich/meine Tochter/mein Sohn verzichte(t) gegenüber der FahrerIn oder dem Fahrer auf Ansprüche für Sachschäden, die im Zusammenhang mit der Beförderung stehen, außer für Schäden, die auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung beruhen.

Ort, Datum	Name der Schülerin/des Schülers Bei Minderjährigen des gesetzlichen Vertreters in Druckschrift	Unterschrift
------------	--	--------------

2 – In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

(1) Diese Verwaltungsvorschriften treten mit Wirkung vom 1. Januar 2004 in Kraft.

Potsdam, 13. April 2004

Der Minister für Bildung,
Jugend und Sport

Steffen Reiche

Rundschreiben 1/04

Vom 19. April 2004
Gz.: 22.6 – Tel.: 8 66-37 26

Weitergeltung von Rundschreiben

1. Bestand geltender Rundschreiben

Nachfolgend aufgeführte Rundschreiben sind weiterhin anzuwenden. Unbeschadet dessen gehen jüngere Regelungen alten Regelungen vor. Rundschreiben, die vor dem 1. Januar 2004 erlassen wurden, aber hier nicht genannt sind, werden nicht mehr angewendet.

Es wurde der **Rechtsstand bis zum Ablauf des Jahres 2003** berücksichtigt. Die Zahl der Rundschreiben am 1. Januar 2004 wurde mit 136 festgestellt und hat sich damit gegenüber dem 1. Januar des Vorjahres in der Summe um 5 verringert.

2. Feststellung und Befristung der Geltungsdauer

In den Rundschreiben selbst ist teilweise der Beginn oder das Ende ihrer Geltungsdauer nicht bestimmt. Sofern für das In-Kraft-Treten kein Termin bestimmt oder sonst aus seinem Wortlaut bestimmbar ist, sind Rundschreiben ab dem ersten Tag nach der Veröffentlichung im ABl. MBS anzuwenden (Nummer 8 Abs. 3 Satz 3 Hausanweisung 1/99 des MBS). Ein auf diese Weise bestimmter Termin wird in Klammern angegeben. Soweit ein Rundschreiben sein Außer-Kraft-Treten nicht bestimmt, ist im Hinblick auf die regelmäßig auf 5 Jahre begrenzte Geltungsdauer von Rundschreiben der Zeitpunkt für das voraussichtliche Außer-Kraft-Treten in Klammern angegeben (Regel: Geltungszeitraum = lfd. Schuljahr + 5 Jahre). Im Einzelfall kann im Ergebnis der jährlichen Notwendigkeitsprüfung eine längere Geltungsdauer festgelegt werden. Eine bereits erfolgte Verlängerung der Gültigkeitsdauer ist an der Formulierung „Geltung verlängert bis: vorauss. [Datum]“ zu erkennen. Auf einen Außer-Kraft-Tretens-Termin vor dem 1. Januar 2005 wird durch Fettdruck hingewiesen.

3. Hinweise zur Darstellung

Die Rundschreiben sind aufsteigend nach der RS-Nummer geordnet. Der Verweis auf 'LINK' bezieht sich auf die vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport herausgegebene Loseblattsammlung „Das Schulrecht im Land Brandenburg“. Der Hinweis „CD“ zeigt an, dass das Rundschreiben nur in der CD-ROM-Version dieser Sammlung enthalten ist. Eine Aufstellung der aufgehobenen Rundschreiben wird im Internetangebot des MBS unter „Allgemein“ auf der Seite „Vorschriften online“ veröffentlicht.

Folgende Rundschreiben gelten fort:

1. RS **041/11/91** vom 20.01.92; Az.: – (aktuell: 32)
Hochschulzugangsberechtigungen bei Abschlüssen und Befähigungsnachweisen, die in der ehemaligen DDR oder auslaufend nach DDR-Recht erworben wurden
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBS 1992 S. 17; LINK 28.10
2. RS **73/93** vom 19.08.93; Az.: II/22 (aktuell: 36)
Empfehlung zum Verkauf von Speisen und Getränken in den Schulen Brandenburgs
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBS S. 362; LINK 45.11
3. RS **74/93** vom 19.08.93; Az.: II/22 (aktuell: 36)
Empfehlungen zum Verkauf von Kondomen in Schulen als präventive Maßnahme gegen AIDS
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBS S. 364; LINK 45.70 (CD)
4. RS **21/95** vom 27. April 1995; Gz.: 52.1 (aktuell: 42)
Tätigkeitsbegleitende Fortbildung zum Erwerb von gleichwertigen Kenntnissen in Tätigkeitsfeldern der Sozialarbeit oder Sozialpädagogik in Form von Zertifikatskursen
Geltung ab: (10. Mai 1995)
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBS S. 271; LINK 63.16 (CD)
5. RS **32/95** vom 13. Juni 1995; Gz.: 2/22/KL (aktuell: 33)
Hinweise zum Unterricht für Fachschulen des Typs Technik, Fachrichtung Bautechnik, Schwerpunkte: Hoch- und Tiefbautechnik
Geltung ab: (4. August 1995)
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBS S. 335; LINK 30.38 (CD)
6. RS **59/95** vom 26. Oktober 1995; Gz.: 22.45 (aktuell: 33)
Hinweise zum Unterricht für Fachschulen des Typs Sozialwesen, Fachrichtung: Sozialpädagogik (Best.-Nr. 621017.95)
Geltung ab: (14. Dezember 1995)
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBS S. 526; LINK 30.39 (CD)
7. RS **46/96** vom 25. Juni 1996; Gz.: 22.2 (aktuell: 32)
Curriculare Sicherung des Unterrichts im Fach Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde in der Sekundarstufe I ab Schuljahr 1996/97
Geltung ab: (14. August 1996)
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBS S. 392; LINK 30.24 (CD)
8. RS **59/96** vom 30. August 1996; Gz.: 22.45 (aktuell: 33)
Unterrichtsvorgaben „Richtlinien für den Handelsfachpacker/Handelsfachpackerin für die Berufsschule des Landes Nordrhein-Westfalen“ im Bildungsgang der Berufsschule im Land Brandenburg
Geltung ab: (18. Oktober 1996)
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBS S. 485; LINK 30.32 (CD)
9. RS **60/96** vom 30. August 1996; Gz.: 22.45 (aktuell: 33)
Unterrichtsvorgaben „Vorläufiger Rahmenplan Biologie (12)“ (Nr. des Plans 80012.92) für den Bildungsgang der Fachoberschule im Land Brandenburg
Geltung ab: (18. Oktober 1996)
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBS S. 486; LINK 30.36 (CD)
10. RS **61/96** vom 30. August 1996; Gz.: 22.45 (aktuell: 33)
Unterrichtsvorgaben „Vorläufiger Rahmenplan Chemie (12)“ (Nr. des Planes 80016.92) für den Bildungs-

- gang der Fachoberschule im Land Brandenburg Geltung ab: (18. Oktober 1996)
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBS S. 486; LINK 30.36 (CD)
11. RS **74/96** vom 30. August 1996; Gz.: 22.45 (aktuell: 33)
Unterrichtsvorgaben „Vorläufiger Rahmenplan Physik (11/12)“ (Nr. des Plans 80011.92) für den Bildungsgang der Fachoberschule im Land Brandenburg Geltung ab: (18. Oktober 1996)
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBS S. 493; LINK 30.36 (CD)
12. RS **83/96** vom 20. November 1996; Gz.: 22 (aktuell: 31)
Unterrichtsvorgaben für den Bildungsgang der Förderschule für geistig Behinderte im Land Brandenburg Geltung ab: (28. Dezember 1996)
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBS S. 686; LINK 30.45 (CD)
13. RS **87/96** vom 19. November 1996; Gz.: 22.45 (aktuell: 33)
Hinweise zum Unterricht für Fachschulen des Typs Sozialwesen, Fachrichtung: Altenpflege (Bestell-Nr. 621011.96)
Geltung ab: (28. Dezember 1996)
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBS S. 692; LINK 30.39 (CD)
14. RS **17/97** vom 2. April 1997; Gz.: 4/44.1 (aktuell: 23)
Lehrkräfte im Beamtenverhältnis in schülerzahlenabhängig ausgebrachten Funktionsämtern
hier: Auswirkungen bei sich verändernden Schülerzahlen auf die Zulage gemäß § 7 Abs. 1 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung (2. BesÜV) in der bis zum 30.06.1995 geltenden Fassung
Geltung ab: (2. April 1997 ?)
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBS S. 323; LINK 82.21
15. RS **18/97** vom 19. März 1997; Gz.: 4/44.3 (aktuell: 23)
Automatisierte Personaldatenverarbeitung in den staatlichen Schulämtern
hier: Änderung der Dienstvereinbarung zur automatisierten Personalverwaltung und Stellenbewirtschaftung im Schulamt
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBS S. 327
Geltung ab: (19. März 1997 ?)
16. RS **19/97** vom 6. Mai 1997; Gz.: 44.11 (aktuell: 23)
Ergänzungsstudien und Ergänzungsprüfung
1. Verordnung über die Ergänzungsstudien und Ergänzungsprüfung für Lehrämter an Schulen
2. Verordnung über das Ergänzungsstudium und die Ergänzungsprüfung in Sonderpädagogik
hier: Besoldungs- und tarifrechtliche Folgen
Geltung ab: (20. Juni 1997)
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBS S. 351; LINK 83.33
17. RS **31/97** vom 13. Juni 1997; Gz.: 41.4-71-0490 (aktuell: 22)
Zuständigkeit für die Durchführung des Zwangsgeldverfahrens gemäß § 41 Abs. 3 des Brandenburgischen Schulgesetzes
Geltung ab: (24. Juli 1997)
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBS (Nummer 8) S. 428; LINK: 40.11
18. RS **38/97** vom 2. Juli 1997; Gz.: -(aktuell: 36)
Genehmigung der Ausbildungsordnung für die Weiterbildung von Lehrkräften im Fach Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde (AO-LER)
Geltung ab: (2. September 1997)
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBS S. 548; LINK 76.31 (nicht veröffentlicht)
19. RS **45/97** vom 4. August 1997; Gz.: 22.40 (aktuell: 31)
Vorläufiger Rahmenplan Technik (Nr.: 2004) und Ergänzende Materialien - Technik (Nr.: 203013.95) für den Bildungsgang der Grundschule im Land Brandenburg
Geltung ab: (11. November 1997)
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBS S. 751; LINK 30.21 (CD)
20. RS **48/97** vom 19. August 1997; Gz.: 41-77-0250 (aktuell Gz.: 22)
Schulnamen
Geltung ab: (11. November 1997)
Geltung verlängert bis: **31. Juli 2004**
ABl. MBS S. 753; LINK: 53.41
21. RS **49/97** vom 21. August 1997; Gz.: 41-77-0230 (aktuell Gz.: 22)
Anzeige kommunaler Satzungen; Zuständigkeit der Schulbehörden
Geltung ab: (11. November 1997)
Geltung verlängert bis: **31. Juli 2004**
ABl. MBS S. 754; LINK: 53.1
22. RS **53/97** vom 22. August 1997; Gz.: 22.45 (aktuell: 33)
Unterrichtsvorgaben „Hinweise für die Gestaltung des Unterrichts Politische Bildung/Wirtschaftslehre“ (Nr. des Plans 4278) für Bildungsgänge an Oberstufenzentren im Land Brandenburg
Geltung ab: (11. November 1997)
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBS S. 756; LINK 30.30 (CD)
23. RS **58/97** vom 15. Oktober 1997; Gz.: 22.45 (aktuell: 33)
Unterrichtsvorgaben „Sport in der beruflichen Bildung“ (Nr. des Plans 504001.97) für Bildungsgänge an Oberstufenzentren im Land Brandenburg
Geltung ab: (31.12.1997)
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBS S. 877; LINK 30.30 (CD)
24. RS **59/97** vom 15. Oktober 1997; Gz.: 22.45 (aktuell: 33)
Unterrichtsvorgaben „Sozialpflegeassistentin/Sozialpflegeassistent“ (Nr. des Plans 541617.97) für den

- Bildungsgang zum Erwerb eines Berufsabschlusses nach Landesrecht in den Sozialberufen an der Berufsfachschule
Geltung ab: (31.12.1997)
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBJS S. 878; LINK 30.33 (CD)
25. RS **63/97** vom 11. November 1997; Gz.: 22.45 (aktuell: 33)
Hinweise zum Unterricht „Fachschule für Heilerziehungspflege“ (Nr. des Plans 621013.97) im Bildungsgang der Fachschule zum Erwerb der Berufsbezeichnung „Staatlich anerkannte/-er Heilerziehungspfleger/-in“
Geltung ab: 1. August 1997
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBJS S. 884; LINK 30.39C (CD)
26. RS **65/97** vom 26. November 1997; Gz.: 33.1
Bescheinigung über den Besuch eines beruflichen Bildungsganges
Geltung ab: (31.12.1997)
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBJS S. 910; LINK 42.41 (CD)
27. RS **3/98** vom 3. Februar 1998; Gz: 44.1 (aktuell: 23)
Brandenburgisches Besoldungsgesetz - Zuordnung der Lehrer unterer Klassen in das Beförderungssamt A12 Fußnote 2 Unterabsatz 2 der Besoldungsordnung A
Geltung ab: (25. April 1998)
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBJS S. 152; LINK 83.34
28. RS **7/98** vom 16. Februar 1998; Gz.: 44.22 (aktuell: 23)
Eingruppierung der angestellten Lehrkräfte im öffentlichen Schuldienst nach dem Änderungstarifvertrag Nr. 1 zum BAT-O vom 8. Mai 1991 und den Richtlinien der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) vom 22. Juni 1995 (Lehrer-Richtlinie-O der TdL vom 22. Juni 1995)
hier: Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis in schülerzahlabhängig ausgebrachten Funktionsämtern
Geltung ab: (25. April 1998)
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBJS S. 155; LINK 84.36 (CD)
29. RS **8/98**; vom 24. Februar 1998; Gz.: 44.22 (aktuell: 23)
Eingruppierung der angestellten Lehrkräfte im öffentlichen Schuldienst nach dem Änderungstarifvertrag Nr. 1 zum BAT-O vom 8. Mai 1991 und den Richtlinien der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) vom 22. Juni 1995 (Lehrer-Richtlinie-O der TdL vom 22. Juni 1995)
hier: Eingruppierung von angestellten Lehrkräften mit der Befähigung für das Amt des Lehrers im Unterricht an Förderschulen nach § 10 SopEPV
Geltung ab: (25. April 1998)
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBJS S. 157; LINK 84.36 (CD)
30. RS **9/98**; vom 24. Februar 1998; Gz.: 44.22 (aktuell: 23)
Eingruppierung der angestellten Lehrkräfte im öffentlichen Schuldienst nach dem Änderungstarifvertrag Nr. 1 zum BAT-O vom 8. Mai 1991 und den Richtlinien der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) vom 22. Juni 1995 (Lehrer-Richtlinie-O der TdL vom 22. Juni 1995)
hier: Lehrkräfte an Förderschulen
Geltung ab: (25. April 1998)
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBJS S. 157; LINK 84.36 (CD)
31. RS **12/98**; vom 24. Februar 1998; Gz.: 34.3
Ausführende Bestimmungen zu Nichtschülerprüfungen
Geltung ab: (25. April 1998)
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBJS S. 162; LINK 27.13
32. RS **13/98**; vom 21. Januar 1998; Gz.: 34.3
Gebühren für Nichtschülerprüfungen
Geltung ab: (25. April 1998)
geä. durch Rundschreiben 34/98 vom 1. Juli 1998 (ABl. MBJS S. 463)
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBJS S. 172; LINK 27.12
33. RS **15/98**; vom 24. März 1998; Gz.: 33
Aufnahme von Umschülerinnen und Umschülern in einer betrieblichen Einzelumschulung in Oberstufenzentren
Geltung ab: (1. Mai 1998)
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBJS S. 240; LINK 23.18 (CD)
34. RS **17/98**; vom 8. April 1998; Gz.: 33-3360
Aufgabenbereiche zur Geschäftsverteilung bei Schulleitungen von Oberstufenzentren
Geltung ab: (4. Juli 1998)
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBJS S. 362; LINK 50.45
35. RS **22/98**; 2. April 1998; Gz.: 51.4 (aktuell: 43)
Empfehlungen zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung der Sozialarbeit an Schulen im Land Brandenburg
Geltung ab: (6. Juni 1998)
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBJS S. 315; LINK 48.32
36. RS **23/98**; vom 13. Mai 1998; Gz.: 53.3 (aktuell: 44)
Empfehlungen für die Berechnung des Schulkostenbeitrages für die Wohnheime an sportbetonten Schulen
Geltung ab: (16. Juli 1998)
Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
ABl. MBJS S. 424; LINK 57.21 (CD)
37. RS **24/98**; vom 29. Mai 1998; Gz.: 22.40 (aktuell: 32)
Unterrichtsvorgaben „Italienisch“ (Nr. 301033.98) für

- Bildungsgänge in der Sekundarstufe I im Land Brandenburg
 Geltung ab: 1. August 1998
 Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
 ABl. MBS S. 413; LINK 30.25 (CD)
38. RS **25/98**; vom 29. Mai 1998; Gz.: 22.40 (aktuell: 32)
 Unterrichtsvorgaben „Italienisch“ (Nr. 401033.98) für den Bildungsgang zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife im Land Brandenburg
 Geltung ab: 1. August 1998
 Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
 ABl. MBS S. 413; LINK 30.27 (CD)
39. RS **32/98**; vom 25. Juni 1998; Gz.: 31.1 (aktuell 32)
 Weitere Einführung des Unterrichtsfaches Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde (LER) in der Sekundarstufe I
 Geltung ab: (12. September 1998)
 Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
 ABl. MBS S. 461; LINK 21.32 (CD)
40. RS **35/98**; vom 6. Juli 1998; Gz.: 43.21 (aktuell: 24)
 Datenschutzverordnung Schulwesen hier: Stammbblatt für Lehrkräfte an Schulen und Schülerstammbblatt gemäß den Anlagen 2 bis 5 der DSV
 Geltung ab: (12. September 1998)
 Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
 ABl. MBS S. 463; LINK 56.12 (CD)
41. RS **36/98**; vom 29. Juli 1998; Gz.: 32
 Umsetzung der Neuregelung der deutschen Rechtschreibung ab 1. August 1998
 Geltung ab: (12. September 1998)
 Geltung verlängert bis: 31. Juli 2005
 ABl. MBS S. 484; LINK 32.31
42. RS **37/98**; vom 31. Juli 1998; Gz.: 22.3 (aktuell: 36)
 Durchführung schulinterner Fortbildungs- und Beratungsmaßnahmen
 Geltung ab: 1. August 1998
 Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
 ABl. MBS S. 485; LINK 75.51
43. RS **44/98**; vom 26. Juni 1998; Gz: 44.1 (aktuell: 23)
 Verbeamtungskonzeption im Bereich des Schuldienstes hier: Neufassung der bisherigen Regelungen aufgrund der in den §§ 39 a und 39 b des Landesbeamtengesetzes (LBG) eingeführten Einstellungszeit; Beschluss des Landespersonalausschusses (andere Bewerber)
 Geltung ab: (12. September 1998)
 Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
 ABl. MBS S. 489; LINK 81.20
44. RS **45/98**; vom 25. Juni 1998; Gz.: 22.42 (aktuell: 36)
 Lehrgänge zum Erwerb des Fachkundenachweises beim Umgang und Bearbeiten von metallischen Werkstoffen mit Werkzeugen und Maschinen für Lehrkräfte, die in öffentlichen Schulen die Fächer Arbeitslehre oder Technik unterrichten
 Geltung ab: (24. Oktober 1998)
 Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
 ABl. MBS S. 544; LINK 76.12 (CD)
45. RS **47/98**; vom 22. September 1998; Gz.: 32.1
 Schulbescheinigungen für Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 13 in der gymnasialen Oberstufe
 Geltung ab: (29. Oktober 1998)
 Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
 ABl. MBS S. 578; LINK 22.19 (CD)
46. RS **50/98**; vom 27. Oktober 1998; Gz.: 22.45 (aktuell: 33)
 Unterrichtsvorgaben für doppelqualifizierende Bildungsgänge an Oberstufenzentren im Land Brandenburg
 Geltung ab: 1. August 1998
 Geltung verlängert bis: vorauss. **31. Dezember 2004**
 ABl. MBS S. 702; LINK 30.37 (CD)
47. RS **51/98**; vom 4. November 1998; Gz.: (aktuell: 23)
 Einheitliche Gestaltung von Dankurkunden für das 40/50-jährige Dienst-/Arbeitsjubiläum
 Geltung ab: (1. Januar 1999)
 Geltung verlängert bis: **vorauss. 31. Dezember 2004**
 ABl. MBS S. 703; LINK 85.43 (CD)
48. RS **53/98**; vom 18. November 1998; Gz.: 22.40 (aktuell: 31)
 Unterrichtsvorgaben „Naturwissenschaften“ (Nr. des Plans 113018.98) für die Allgemeine Förderschule
 Geltung ab: 1. August 1998
 Geltung verlängert bis: **vorauss. 31. Dezember 2004**
 ABl. MBS S. 704; LINK 30.42 (CD)
49. RS **56/98**; vom 28. Dezember 1998; Gz.: 22.45 (aktuell: 33)
 Unterrichtsvorgaben „Sozialwesen“ (Nr. des Plans 581016.98) - zur Erprobung -, Fachrichtungsbezogene Fächer für den zweijährigen Bildungsgang der Fachoberschule Sozialwesen im Land Brandenburg
 Geltung ab: 1. August 1998
 Geltung verlängert bis: **vorauss. 31. Dezember 2004**
 ABl. MBS 1999 S. 103; LINK 30.36 (CD)
50. RS **2/99**; vom 29. Januar 1999; Gz.: 44 (aktuell: 23)
 Umgang und Gestaltung der dienstlichen Verpflichtungen von teilzeitbeschäftigten Lehrkräften Vereinbarung zur Arbeitsplatzsicherheit und Qualitätssicherung in der Schule Brandenburgs
 Geltung ab: (19. Februar 1999)
 geändert durch RS 15/02 vom 17. Juni 2002 (Abl. MBS S. 305) Streichung von Nummer 3
 Geltung verlängert bis: **vorauss. 31. Dezember 2004**
 ABl. MBS S. 103; LINK 85.13
51. RS **7/99**; vom 30. März 1999; Gz.: 24.4 (aktuell: Staatliches Schulamt Cottbus)
 Hinweise für den Einsatz von Lehrkräften aus dem Land Brandenburg im Ausland
 Geltung ab: (20. Mai 1999)
 Geltung verlängert bis: **vorauss. 31. Dezember 2004**
 ABl. MBS S. 194; LINK 85.95 (CD)

52. RS **12/99**; vom 8. Juni 1999; Gz.:41.4 (aktuell: 22)
Waffenverbot in der Schule
Geltung ab: (19. Juni 1999)
Geltung verlängert bis: **vorauss. 31. Dezember 2004**
ABl. MBS S. 249; LINK 44.31
53. RS **15/99**; vom 9. Juni 1999; Gz: 44.11 (aktuell: 23)
Beförderung und Höhergruppierung
hier: Beförderungssämter nach dem Brandenburgischen Besoldungsgesetz (BbgBesG) mit denen keine Funktionsämter verbunden sind
Geltung ab: (14. Juli 1999)
Geltung verlängert bis: **vorauss. 31. Dezember 2004**
ABl. MBS S. 262; LINK 83.37 (CD)
54. RS **19/99**; vom 1. Juli 1999; Gz.: 22.45 (aktuell: 33)
Unterrichtsvorgaben „Kaufmännische Assistentin/Kaufmännischer Assistent“ Schwerpunkt Bürowirtschaft (Nr. des Plans 5681814.99) - zur Erprobung - für den Bildungsgang der Berufsfachschule zur Erlangung eines Berufsabschlusses nach Landesrecht im Land Brandenburg
Geltung ab: 1. August 1999
Geltung bis: vorauss. 31. Juli 2005
ABl. MBS S. 386; LINK 30.35 (CD)
55. RS **20/99**; vom 1. Juli 1999; Gz.: 22.45 (aktuell: 33)
Unterrichtsvorgaben „Deutsch“ (Nr. des Plans 581001.99) - zur Erprobung - für die Bildungsgänge der Fachoberschule im Land Brandenburg
Geltung ab: 1. August 1999
Geltung bis: vorauss. 31. Juli 2005
ABl. MBS S. 387; LINK 30.36 (CD)
56. RS 21/99; vom 1. Juli 1999; Gz.: 22.45 (aktuell: 33)
Unterrichtsvorgaben „Englisch“ (Nr. des Plans 581021.99) - zur Erprobung - für die Bildungsgänge der Fachoberschule im Land Brandenburg
Geltung ab: 1. August 1999
Geltung bis: vorauss. 31. Juli 2005
ABl. MBS S. 387; LINK 30.36 (CD)
57. RS 22/99; vom 1. Juli 1999; Gz.: 22.45 (aktuell: 33)
Unterrichtsvorgaben „Mathematik“ (Nr. des Plans 583001.99) - zur Erprobung - für die Bildungsgänge der Fachoberschule im Land Brandenburg
Geltung ab: 1. August 1999
Geltung bis: vorauss. 31. Juli 2005
ABl. MBS S. 388; LINK 30.36 (CD)
58. RS **23/99**; vom 1. Juli 1999; Gz.: 22.45 (aktuell: 33)
Unterrichtsvorgaben „Technik“ (Nr. des Plans 581700.99) - zur Erprobung - für die Bildungsgänge der Fachoberschule Fachrichtung Technik im Land Brandenburg
Geltung ab: 1. August 1999
Geltung bis: vorauss. 31. Juli 2005
ABl. MBS S. 388; LINK 30.36 (CD)
59. RS 24/99; vom 1. Juli 1999; Gz.: 22.45 (aktuell: 33)
Unterrichtsvorgaben „Wirtschaft und Verwaltung“ (Nr. des Plans 581801.99) - zur Erprobung - für den einjährigen Bildungsgang der Fachoberschule Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung im Land Brandenburg
Geltung ab: 1. August 1999
Geltung bis: vorauss. 31. Juli 2005
ABl. MBS S. 389; LINK 30.36 (CD)
60. RS **25/99**; vom 1. Juli 1999; Gz.:22.45 (aktuell: 33)
Unterrichtsvorgaben „Wirtschaft und Verwaltung“ (Nr. des Plans 581802.99) - zur Erprobung - für den zweijährigen Bildungsgang der Fachoberschule Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung im Land Brandenburg
Geltung ab: 1. August 1999
Geltung bis: vorauss. 31. Juli 2005
ABl. MBS S. 389; LINK 30.36 (CD)
61. RS 27/99; vom 23. Juli 1999; Gz.: 44.2 (aktuell: 23)
Vergütungsrechtliche Gleichstellung von Erziehern und Freundschaftspionierleitern mit zwei Lehrbefähigungen für die unteren Klassen und einer erfolgreich abgeschlossenen Erweiterungsprüfung für eine Lehrbefähigung der Primarstufe oder Sekundarstufe I
Geltung ab: (19. August 1999)
Geltung verlängert bis: vorauss. 31. Dezember 2004
ABl. MBS S. 390; LINK 84.36 (CD)
62. RS 32/99; vom 30. August 1999; Gz.: 22.45 (aktuell: 33)
Unterrichtsvorgaben „Agrarwirtschaft“ (Nr. des Plans 585013.99) - zur Erprobung - für den einjährigen Bildungsgang der Fachoberschule Fachrichtung Agrarwirtschaft
Geltung ab: 1. August 1999
Geltung bis: vorauss. 31. Juli 2005
ABl. MBS S. 526; LINK 30.36 (CD)
63. RS **35/99**; vom 24. September 1999; Gz.: 23 (aktuell: 22)
Nachqualifizierung von Diplomsporthehrern in der Didaktik und Methodik des Schulsports
Geltung ab: (3. November 1999)
geändert durch RS 7/00 vom 28. Januar 2000
Geltung bis: vorauss. 31. Juli 2005
ABl. MBS S. 548; LINK 76.41 (CD)
64. RS **36/99**; vom 29. September 1999; Gz.: 41.3 (aktuell: 22)
Budgetierung von Sachmitteln für Schulen
Geltung ab: (3. November 1999)
Geltung bis: vorauss. 31. Juli 2005
ABl. MBS S. 549; LINK 54.12
65. RS **38/99**; vom 8. Oktober 1999; Gz.: 44.31 (aktuell: 23)
Verfahrensweise zu Aufstockungen des Beschäftigungsumfangs von Lehrkräften, die im Einstellungskorridor eingestellt wurden/werden
Geltung ab: (28. Dezember 1999)
Geltung bis: vorauss. 31. Juli 2005
ABl. MBS S. 581; LINK 84.61
66. RS **3/00**; vom 26. Januar 2000; Gz: 44.1 (aktuell: 23)
Einsatz und besoldungsrechtliche Einstufung von Beamten mit sonderpädagogischer Ausbildung
hier: Einsatz von Lehrkräften im gemeinsamen

- Unterricht sowie in angegliederten Förderschulklassen an Grundschulen, weiterführenden allgemeinbildenden Schulen oder Oberstufenzentren
 Geltung ab: (11. April 2000)
 Geltung bis: vorauss. 31. Juli 2005
 ABl. MBS S. 134; LINK 83.38
67. RS **5/00**; vom 25. Januar 2000; Gz.: 41.2 (aktuell: 22) Schulwechsel von Freien Waldorfschulen an Schulen in öffentlicher Trägerschaft und Erteilung von Abschlüssen bis Jahrgangsstufe 12
 Geltung ab: 12. Februar 2000
 Geltung bis: vorauss. 31. Juli 2005
 ABl. MBS S. 107; LINK 15.41 (CD)
68. RS **11/00**; vom 22. März 2000; Gz.: 22.45 (aktuell: 33) Unterrichtsvorgaben „Russisch“ (Nr. des Plans 581056.00) für den einjährigen Bildungsgang in Vollzeitform der Fachoberschule im Land Brandenburg
 Geltung ab: (4. Mai 2000)
 Geltung bis: vorauss. 31. Juli 2005
 ABl. MBS S. 173; LINK 30.36 (CD)
69. RS **13/00**; vom 17. April 2000; Gz.: 31.3 (aktuell: 36) Verkehrserziehung in der Schule
 Geltung ab: (10. Juni 2000)
 Geltung bis: vorauss. 31.7.2005
 ABl. MBS S. 207; LINK 30.91
70. RS **15/00**; vom 3. Mai 2000; Gz.: 31.2 Zusammenarbeit zwischen den allgemeinen Förderschulen des Landes Brandenburg und der Berufsberatung im Land Brandenburg
 Geltung ab: (10. Juni 2000)
 Geltung bis: vorauss. 31. Juli 2005
 ABl. MBS S. 213; LINK 25.31
71. RS **17/00**; vom 29. Mai 2000; Gz.: 44.31 (aktuell: 23) Auswahlverfahren zur Besetzung der Stellen der Primarstufenleiterinnen oder Primarstufenleiter an zusammen gefassten Grund- und Gesamtschulen
 Geltung ab: (21. Juli 2000)
 Geltung bis: vorauss. 31. Juli 2005
 ABl. MBS S. 234; LINK 50.19 (CD)
72. RS **21/00**; vom 3. Juli 2000; Gz.: 22.42 (aktuell: 36) Lehrgänge zum Erwerb eines Fachkundenachweises beim Bedienen von Maschinen und Geräten in den Bereichen Lebensmittel- und Textilverarbeitung für Lehrkräfte, die in öffentlichen Schulen unterrichten
 Geltung ab: (7. September 2000)
 Geltung bis: vorauss. 31. Juli 2005
 ABl. MBS S. 280; LINK 76.13 (CD)
73. RS **22/00**; vom 11. Juli 2000; Gz.: 44.1 (aktuell: 23) Lehrkräftezulagenverordnung
 hier: Ausführungshinweise für Fachseminarleiter im Beamtenverhältnis
 Geltung ab: (7. September 2000)
 Geltung bis: vorauss. 31. Juli 2005
 ABl. MBS S. 281; LINK 83.12
74. RS **25/00**; vom ; Gz.: 22.4 (aktuell: Ref. 36) Fortbildung im Rahmen der Medienoffensive m.a.u.s.
 Geltung ab: 16. August 2000
 Geltung bis: vorauss. 31. Juli 2005
 ABl. MBS S. 284; LINK 75.42
75. RS **27/00**; Gz.: 52.1 (aktuell: 42) Maßgaben zu den Arbeitsfeldern und Arbeitsbereichen für die Absolvierung der fachpraktischen Ausbildungsabschnitte bzw. für die Absolvierung der zweisemestrigen Praxisphase in der Fachrichtung Sozialpädagogik
 Geltung ab: 21. August 2000
 Geltung bis: 31. Juli 2004
 ABl. MBS S. 355; LINK 23.71
76. RS **29/00**; vom 18. September 2000; Gz.: 33.1 Anwesenheitsnachweis als Grundlage für die Ausreichung des Mobilitätzuschusses für Schülerinnen und Schüler im Bildungsgang der Berufsfachschule zum Erwerb eines Berufsabschlusses nach BBiG oder HwO (Kooperatives Modell)
 Geltung ab: 1. August 2000
 Geltung bis: vorauss. 31. Juli 2005
 ABl. MBS S. 359; LINK (nicht veröffentlicht)
77. RS **30/00**; vom 18. September 2000; Gz.: 44.2 (aktuell: 23) Flexible Pflichtstundenverteilung über einen längeren Zeitraum und Führung von Unterrichtsstundenkonten
 Geltung ab: (17. November 2000)
 geändert durch RS 28/03 vom 23. September 2003 (Abl. MBS S. 314)
 Geltungsdauer verlängert bis 31. Juli 2006
 Geltung bis: 31. Juli 2006
 ABl. MBS S. 386; LINK 85.12
78. RS **33/00**; vom 9. Oktober 2000; Gz.: 12 Elektronischer Datenaustausch mit den staatlichen Schulämtern
 Geltung ab: (17. November 2000)
 Geltung bis: (vorauss. 31. Dezember 2005)
 ABl. MBS S. 396; LINK 51.24
79. RS **03/01** vom 16. Januar 2001; Gz.: 41.2 (aktuell: 22) Ordnungsrechtliche Grundsätze zum schulischen Konzept gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit
 Geltung ab: 16. Januar 2001
 Geltung bis: (vorauss. 31. Juli 2006)
 ABl. MBS S. 10; LINK 30.74
80. RS **04/01**; vom 16. Januar 2001; Gz.: 24 (aktuell: INA1) Europaschulen
 Geltung ab: (31. März 2001)
 Geltung bis: (vorauss. 31. Juli 2006)
 ABl. MBS S. 131; LINK 53.42
81. RS **05/01**; vom 17. Januar 2001; Gz.: 12.14 Reisekostenerstattung bei Schulfahrten und für Lehrkräfte mit Unterrichtsverpflichtungen an mehreren Schulen

- Geltung ab: 1. Januar 2001
Geltung bis: (vorauss. 31. Juli 2006)
ABl. MBS S. 132; LINK 85.65
82. RS **07/01**; vom 24. Januar 2001; Gz.: 44.1 (aktuell: 23)
Arbeitsmaterialien für die Personalsachbearbeiter in den staatlichen Schülern
Geltung ab: (31. März 2001)
Geltung bis: (vorauss. 31. Juli 2006)
ABl. MBS S. 134; LINK 80.01
83. RS **10/01**; vom 9. April 2001; Gz.: 31.52 (aktuell: 36)
Empfehlungen zur Einbeziehung von Lesben- und Schwulenorganisationen in die Aufklärungsarbeit über gleichgeschlechtliche Lebensweisen in den Schulen
Geltung ab: 1. August 2001
Geltung bis: (vorauss. 31. Juli 2006)
ABl. MBS S. 212; LINK 30.51
84. RS **11/01**; vom 11. Mai 2001; Gz.: 31.52 / 41.2 (aktuell: 36)
Verhalten der Schule bei Vorfällen mit Drogen und Handlungshinweise zur Suchtprävention
Geltung ab: 11. Mai 2001
Geltung bis: (vorauss. 31. Juli 2006)
ABl. MBS S. 213; LINK 44.41
85. RS **17/01**; vom 13. Juli 2001; Gz.: 42.1 (aktuell: 25)
Umsetzung § 35 Infektionsschutzgesetz (IfSG)
Geltung ab: 24. August 2001
Geltung bis: (vorauss. 31. Juli 2006)
ABl. MBS S. 330; LINK 45.71
86. RS **19/01**; vom 15. Juni 2001; Gz.: 22.40 (aktuell: 36)
„Computer- und Internetschein“ für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I der Schulen des Landes Brandenburg
Geltung ab: 1. August 2001
Geltung bis: (vorauss. 31. Juli 2006)
ABl. MBS S. 250; LINK 21.41
87. RS **20/01**; vom 25. Juni 2001; Gz.: 12.14
Dienstreisen und Dienstgänge in den nachgeordneten Einrichtungen einschl. den staatlichen Schülern
Geltung ab: (1. August 2001)
geändert durch Verwaltungsvorschriften vom 18. September 2002 (ABl. MBS S. 624)
Änderungen: Nummer 7.2 bezüglich der Befugnisse der Leiter der nachgeordneten Behörden/Einrichtungen durch VV-Dienstvorgesetztaufgaben-Übertragung vom 18. September 2002 (ABl. MBS S. 624) aufgehoben.
Geltung bis: (vorauss. 31. Juli 2006)
ABl. MBS S. 305; LINK 85.60
88. RS **22/01**; vom 31. Juli 2001; Gz.: 31 Differenzierung in den Jahrgangsstufen 5 und 6
Geltung ab: 1. August 2001
Geltung bis: (vorauss. 31. Juli 2006)
ABl. MBS S. 332; LINK: 20.21
89. RS **28/01**; vom 26. September 2001; Gz.:22.4 (aktuell: 36)
Wahrnehmung der pädagogisch-organisatorischen Netzwerkkoordination (PONK) an Schulen in öffentlicher Trägerschaft im Schuljahr 2001/02
Geltung ab: 1. August 2002
geändert durch: Rundschreiben 14/02 vom 6. Juni 2002 (ABl. MBS S. 297)
Änderungen:
Nummer 4.1 Satz 2 wird gestrichen;
Geltungszeitraum wird neu bestimmt;
Geltung bis: 31. Juli 2007
ABl. MBS S. 491; LINK 51.32
90. RS **29/01**; vom 2. Oktober 2001; Gz.:32.01 (aktuell: 32)
Rechtskundliche Arbeitsgemeinschaften und Informationsveranstaltungen zur Strafbarkeit rechtsextremistischer Verhaltensweisen im Rahmen des Handlungskonzeptes der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg“ mit Vertretern der Justiz in weiterführenden allgemein bildenden und beruflichen Schulen
Geltung ab: (7. November 2001)
Geltung bis: (31. Juli 2007)
ABl. MBS S. 492; LINK 30.75
91. RS **31/01**; vom 2. November 2001; Gz.: 41.2 (aktuell: 22)
Grundsätze zur Vermeidung, Feststellung und Behandlung von Schulverweigerung
Geltung ab: 14. Dezember 2001
Geltung bis: (31. Juli 2007)
ABl. MBS S. 534; LINK 40.10
92. RS **35/01**; vom 10. Dezember 2001; Gz.: 31.1 (aktuell 31)
Übergang in eine weiterführende allgemein bildende Schule der Sekundarstufe I
Geltung ab: 10. Dezember 2001
Geltung bis: (31. Juli 2007)
ABl. MBS S. 560; LINK 20.91
93. RS **02/02**; vom 7. Januar 2002; Gz.: 33.2
Regelung für Bildungsgänge zur Vertiefung der Allgemeinbildung und Berufsorientierung oder Berufsvorbereitung
Geltung ab: 1. Februar 2002
Geltung bis: (31. Juli 2007)
ABl. MBS S. 12; LINK 23.14
94. RS **03/02**; vom 14. Januar 2002; Gz.: 32.7 (aktuell: 32)
Curriculare Vorgaben – Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik
Geltung ab: 1. Februar 2002
Geltung bis: (31. Juli 2007)
ABl. MBS S. 16; LINK 30.26
95. RS **04/02**; vom 23. Januar 2002; Gz.: 36.2 (aktuell: 22)
Verfahren zur Auswahl von Fachseminarleiterinnen und Fachseminarleitern für die staatlichen Studienseminare des Landes Brandenburg

- Geltung ab: 20. Februar 2002
Geltung bis: (31. Juli 2007)
ABl. MBS S. 115; LINK 72.31
96. RS **05/02**; vom 4. März 2002; Gz.: 12.14
Regelung über die Zuständigkeiten nach der Trennungsgeldverordnung (TGV) und dem Bundesumzugskosten-gesetz (BUKG) für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (MBS)
Geltung ab: 4. März 2002
Geltung bis: (31. Juli 2007)
ABl. MBS S. 244; LINK 85.61 (CD)
97. RS **09/02**; vom 22. März 2002; Gz.: 36.40
Datenschutz beim „Computer- und Internetschein“ für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I der Schulen des Landes Brandenburg
Geltung ab: 12. April 2002
Geltung bis: 31. Juli 2005
ABl. MBS S. 115 ; LINK 56.19
98. RS **10/02**; vom 8. April 2002; Gz.: 25.11
Lehrerwechsel und Lehrertauschverfahren zwischen den Bundesländern
Geltung ab: (31. Mai 2002)
Geltung bis: (31. Juli 2007)
ABl. MBS S. 246; LINK 85.92
99. RS **11/02**; vom 27. April 2002; Gz.: 36.1 Förderung von Schülerwettbewerben
Geltung ab: 30. Juli 2002
Geltung bis: 31. Juli 2007
ABl. MBS S. 297; LINK 33.13
100. RS **12/02**; vom 8. Mai 2002; Gz.: 12.19 Regelung des Verfahrens zur Beantwortung von Petitionen
Geltung ab: (30. Juli 2002)
Geltung bis: 31. Juli 2007
ABl. MBS S. 301; LINK 51.12
101. RS **15/02**; vom 17. Juni 2002; Gz.: 23.2
Vergütung teilzeitbeschäftigter Lehrkräfte bei Klassenfahrten
Geltung ab: 1. August 2002
Geltung bis: 31. Juli 2007
ABl. MBS S. 305 ; LINK 33.12
102. RS **21/02**; vom 6. August 2002; Gz.: 33.11
Unterrichtsvorgaben für die berufsbezogenen Fächer für den Bildungsgang der Fachschule Typ Sozialwesen – Aufbaulehrgang Heilpädagogik -, Nr. des Plans 621014.02
Geltung ab: 1. August 2002
Geltung bis: 31. Juli 2007
ABl. MBS S. 425; LINK 30.39 (CD)
103. RS **22/02**; vom 28. Juli 2002; Gz.: 22.2
Schulische Auswertung von Videoaufzeichnungen in Schulbussen
Geltung ab: 12. Oktober 2002
Geltung bis: 31. Juli 2005
ABl. MBS S. 561; LINK 47.30 (CD)
104. RS **23/02**; vom 4. September 2002; Gz.: 23.12
Teilzeitbeschäftigung für Lehrkräfte gemäß § 39 Abs. 4 LBG
Geltung ab: (12. Oktober 2002)
Geltung bis: (31. Juli 2005)
ABl. MBS S. 562; LINK 85.14
105. RS **24/02**; vom 29. August 2002; Gz.: 33.1
Zertifizierung von Fremdsprachenkenntnissen in der beruflichen Bildung
Geltung ab: 1. August 2002
Geltung bis: (31. Juli 2007)
ABl. MBS S. 570; LINK 23.05
106. RS **26/02**; vom 10. Oktober 2002; Gz.: 23.1
Übertragung von Zuständigkeiten in beamtenrechtlichen Angelegenheiten auf die staatlichen Schulämter
Geltung ab: (23. November 2002)
Geltung bis: (31. Juli 2007)
ABl. MBS S. 627; LINK 81.13
107. RS **29/02**; vom 22. Oktober 2002; Gz.: 36.3 Beratungs- und Unterstützungssystem für die staatlichen Schulämter und Schulen (BUSS)
Geltung ab: 1. November 2002
Geltung bis: 31. Juli 2006
ABl. MBS S. 636; LINK 51.31
108. RS **30/02**; vom 13. November 2002; Gz.: 36.3
Kostenerstattung bei Maßnahmen der Lehrkräftefortbildung sowie für die Fach- und Schulberatung im Rahmen des Beratungs- und Unterstützungssystems (BUSS)
Geltung ab: 1. Januar 2003
Geltung bis: 31. Juli 2006
ABl. MBS S. 774; LINK 85.62
109. RS **31/02**; vom 27. November 2002; Gz.: 33.1 Fachbezogene Leistungsbewertung
Geltung ab: 1. November 2002
Geltung bis: 31. Juli 2007
ABl. MBS S. 777; LINK 23.28
110. RS **02/03**; vom 2. Januar 2003; Gz.: 31.2 Unterstützung der Eltern durch die Schule bei in den kinder- und jugendpsychiatrischen Kliniken des Landes Brandenburg stationär behandelten Schülerinnen und Schülern
Geltung ab: 1. März 2003
Geltung bis: 28. Februar 2008
ABl. MBS S. 11; LINK 56.18 (CD)
111. RS **03/03**; vom 17. Januar 2003; Gz.: 33.11 Erwerb einer Zusatzqualifikation als „Technische Fachwirtin/Technischer Fachwirt“ im Rahmen einer Berufsausbildung nach der Handwerksordnung und gemäß § 3 Satz 2 der Berufsschulverordnung vom 5. April 2002 (GVBl. II S. 335)
Geltung ab: 1. August 2002
Geltung bis: 31. Juli 2007
ABl. MBS S. 16; LINK 23.16 (CD)

112. RS **04/03**; vom 12. Mai 2003; Gz.:22.1 (aktuell: 22)
Regelungen für die rechtssichere Nutzung des Internets an Schulen
Geltung ab: 2. Juli 2003
Geltung bis: 31. Dezember 2005
ABl. MBS (Nr. 6) S. 158; LINK 56.17
113. RS **05/03**; vom 17. Februar 2003; Gz.: 31.11
Zusammenarbeit der allgemein bildenden Schulen des Landes Brandenburg mit den öffentlichen Bibliotheken
Geltung ab: 14. März 2003
Geltung bis: **31. Juli 2004**
ABl. MBS S. 58; LINK 31.81 (CD)
114. RS **06/03**; vom 22. Mai 2003; Gz.: 23.12
Bearbeitung der Widersprüche gegen die „Teilzeitverbeamtung“
Geltung ab: (2. Juli 2003)
Geltung bis: (31. Juli 2008)
ABl. MBS S. 167; LINK 82.25
115. RS **08/03**; vom 10. Juni 2003; Gz.: 32.1 (aktuell: 32)
Erläuterungen zu Stundentafel für die Sekundarstufe I (Anlage 1 der Sekundarstufe I-Verordnung vom 5. Mai 1997)
Geltung ab: 1. August 2003
Geltung bis: **31. Juli 2004**
ABl. MBS S. 156; LINK 21.11
- R116. RS **09/03**; vom 1. Juli 2003; Gz.: 25.11
Bewirtschaftung von Planstellen für Lehrkräfte hier: Nutzung von Planstellen, die durch Langzeitkranke im Angestelltenverhältnis in Anspruch genommen werden, denen nach dem Ende der Entgeltzahlung lediglich der Krankengeldzuschuss nach § 37 BAT-O gezahlt wird
Geltung ab: 26. Juli 2003
Geltung bis: (31. Juli 2008)
ABl. MBS S. 158; LINK 84.11 (CD)
117. RS **11/03**; vom 4. Juli 2003; Gz.: 33.2
Berufsschulunterricht in Justizvollzugsanstalten
Geltung ab: 1. August 2003
Geltung bis: (31. Juli 2008)
ABl. MBS S. 162; LINK 23.19 (CD)
118. RS **12/03**; vom 30. Juli 2003; Gz.: 31.1
Erste Fremdsprache ab Jahrgangsstufe 3 im Schuljahr 2003/ 2004 und Begegnung mit fremden Sprachen
Geltung ab: 1. August 2003
Geltung bis: **31. Juli 2004**
ABl. MBS S. 232; LINK 20.12
119. RS **13/03**; vom 1. August 2003; Gz.: 33.01
Durchführung der Berufsausbildungsvorbereitung zur Sicherung einer beruflichen Qualifizierung im Sinne beruflicher Handlungsfähigkeit für berufsschulpflichtige Jugendliche gemäß § 1 Abs. 3 Nr. 2 der Berufsschulverordnung (BSV) vom 5. April 2002 (GVBl. II S. 335) i.V.m. § 1 Abs. 1 a), § 19 und § 51 Abs. 1 des Berufsbildungsgesetz vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1112) zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 23. Dezember 2002 (BGBl. I S. 2002) (Qualifizierungsbausteine)
Geltung ab: 1. August 2003
Geltung bis: **31. Juli 2004**
ABl. MBS S. 232; LINK 23.17 (CD)
120. RS **14/03**; vom 31. Juli 2003; Gz.: 31
Grundsätze zur Arbeit in der flexiblen Eingangsphase (FLEX)
Geltung ab: 1. August 2003
Geltung bis: 31. Juli 2008
ABl. MBS S. 237; LINK 20.13
121. RS **15/03**; vom 8. August 2003; Gz.: 31.1
Hinweise zur Teilnahme von Schülerinnen und Schülern am Schulversuch Leistungsprofilklassen
Geltung ab: 3. September 2003
Geltung bis: **31. Juli 2004**
ABl. MBS S. 239; LINK 20.92 (CD)
122. RS **16/03**; vom 18. August 2003; Gz.: 31.41
Erläuterung zur Stundentafel für die Primarstufe
Geltung ab: 1. August 2003
Geltung bis: (31. Juli 2008)
ABl. MBS S. 287; LINK 20.11
123. RS **17/03**; vom 19. August 2003; Gz.: 32.1 (aktuell: 32)
Zeiträume und Termine für die Prüfungen am Ende der Jahrgangsstufe 10 im Schuljahr 2003/2004
Geltung ab: (29. Oktober 2003)
Geltung bis: **31. August 2004**
ABl. MBS S. 287; LINK 21.15
124. RS **18/03**; vom 26. August 2003; Gz.: 36.30
Anerkennung von Fortbildungsveranstaltungen weiterer Träger und Regelungen über die Teilnahme
Geltung ab: 1. August 2003
Geltung bis: 31. Juli 2005
ABl. MBS S. 289; LINK 75.21
125. RS **19/03**; vom 29. August 2003; Gz.: 23.21
Dankurkunden anlässlich der Dienstjubiläen von Lehrkräften
Geltung ab: (29. Oktober 2003)
Geltung bis: (31. Juli 2008)
ABl. MBS S. 290; LINK 85.42 (CD)
126. RS **20/03**; vom 29. August 2003; Gz.: 33.11
Änderungen und Ergänzungen zu Stundentafeln und Rahmenlehrplänen für den Bildungsgang zur Vermittlung des schulischen Teils einer Berufsausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz oder der Handwerksordnung
Geltung ab: 1. August 2003
Geltung bis: (31. Juli 2008)
ABl. MBS S. 292; LINK 23.12 (CD)
127. RS **21/03**; vom 29. August 2003; Gz.: 33.11
Curriculare Grundlagen für die Gestaltung des Unterrichts im Bildungsgang der Berufsfachschule zum Erwerb beruflicher Grundbildung und von gleichgestell-

- ten Abschlüssen der Sekundarstufe I
Geltung ab: 1. August 2003
Geltung bis: (31. Juli 2008)
ABl. MBS S. 299; LINK 30.34 (CD)
128. RS **22/03**; vom 29. August 2003; Gz.: 33.11
Unterrichtsvorgaben „Englisch für kaufmännische Berufe“ (Nr. des Plans 501021.03) in den Bildungsgängen der Berufsschule und Berufsfachschule im Land Brandenburg
Geltung ab: 1. August 2003
Geltung bis: (31. Juli 2008)
ABl. MBS S. 302; LINK 30.30 (CD)
129. RS **23/03**; vom 29. August 2003; Gz.: 33.11
Unterrichtsvorgaben „Englisch für gewerblich-technische Berufe“ (Nr. des Plans 501022.03) in den Bildungsgängen der Berufsschule und Berufsfachschule im Land Brandenburg
Geltung ab: 1. August 2003
Geltung bis: (31. Juli 2008)
ABl. MBS S. 303; LINK 30.30 (CD)
130. RS **24/03**; vom 19. September 2003; Gz.:33.11
Unterrichtsvorgaben „Beiköchin/Beikoch“ (Nr. des Plans 50141500.03) für den Bildungsgang der Berufsschule
Geltung ab: 1. August 2003
Geltung bis: (31. Juli 2008)
ABl. MBS S. 305; LINK 30.32 (CD)
131. RS **25/03**; vom 19. September 2003; Gz.: 33.11
Unterrichtsvorgaben „Helferin/Helfer im Gastgewerbe“ – zweijährige Ausbildung – (Nr. des Plans 50147720.03) für den Bildungsgang der Berufsschule
Geltung ab: 1. August 2003
Geltung bis: (31. Juli 2008)
ABl. MBS S. 305; LINK 30.32 (CD)
132. RS **26/03**; vom 19. September 2003; Gz.: 33.11
Unterrichtsvorgaben „Helferin/Helfer im Gastgewerbe“ – dreijährige Ausbildung – (Nr. des Plans 50147730.03) für den Bildungsgang der Berufsschule
Geltung ab: 1. August 2003
Geltung bis: (31. Juli 2008)
ABl. MBS S. 306; LINK 30.32 (CD)
133. RS **27/03**; vom 22. September 2003; Gz.: 33.1
Mobilitätzuschuss für Schülerinnen und Schüler im Bildungsgang der Berufsschule zur Berufsausbildungsvorbereitung
Geltung ab: 1. Oktober 2003
Geltung bis: **31. Juli 2004**
ABl. MBS S. 306; LINK 23.17
134. RS **29/03**; vom 29. September 2003;Gz.: 33.11
Verbindliche curriculare Vorgaben für den Zusatzkurs “Muttersprachliche Kommunikation/Deutsch“ (Nr. des Plans 501007.03) zum Erwerb der Fachhochschulreife in beruflichen Bildungsgängen
Geltung ab: 1. August 2003
Geltung bis: (31. Juli 2008)
ABl. MBS S. 334; LINK 30.40 (CD)
135. RS **30/03**; vom 8. Oktober 2003; Gz.: 12.14
Zahlung einer Aufwandsvergütung für Verpflegungsmehraufwand
Geltung ab: 8. Oktober 2003
Geltung bis: (31. Juli 2008)
ABl. MBS S. 335; LINK 85.63
136. RS **32/03**; vom 11. November 2003; Gz.: 3.SchulÄ
Verfahren bei der Hinzuziehung von Lehrkräften zur fachlichen Unterstützung
Geltung ab: 31. Dezember 2003
Geltung bis: (31. Juli 2009)
ABl. MBS S. 387 ; LINK 51.16

Rundschreiben 6/04

Vom 22. April 2004
Gz.: 33 - Tel.: 8 66-38 30

Zusammenarbeit der Oberstufenzentren mit der Wirtschaft zur Vermeidung von Ausbildungsabbruch sowie zur Senkung der Durchfallquoten in Abschlussprüfungen

Anlagen

Für die Zusammenarbeit von Berufsschule und Ausbildungsstätte ergehen auf der Grundlage von § 16 Abs. 3 der Berufsschulverordnung vom 5. April 2002 (GVBl. II S. 335) folgende Maßgaben. Die in der Anlage ausgewiesenen Empfehlungen des Landesausschusses für Berufsbildung zur Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen sowie zur Senkung der Durchfallquoten in der dualen Berufsausbildung entsprechen diesen Maßgaben und kennzeichnen zusätzlich den am 30. Juni 2003 beschlossenen Ausbildungskonsens (s. Anlage).

1. Zusammenarbeit mit den Auszubildenden für ausbildungsbegleitende Hilfen

Auf der Grundlage von § 16 Abs. 3 der Berufsschulverordnung (BSV) sind die Lehrkräfte verpflichtet, geeignete Fördermaßnahmen mit dem Auszubildenden unter Einbeziehung der oder des Auszubildenden abzustimmen.

Zur Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen ist insbesondere durch Leistungsnachweise gemäß § 4 i.V. m. § 12 BSV auch festzustellen, ob im mathematisch-naturwissenschaftlichen oder im muttersprachlichen Bereich so gravierende Defizite vorhanden sind, dass das Ausbildungsziel voraussichtlich nicht erreicht wird.

Werden entsprechende Defizite oder weitere darüber hinausgehende fachliche Defizite, die zum Nichtbestehen der Ausbildung führen können, festgestellt, sind diese vom jeweiligen OSZ zum Ende des jeweiligen Ausbildungshalbjahres der oder dem Auszubildenden und dem Auszubildenden schriftlich mitzuteilen. Bei Minderjährigen ergehen die schriftlichen Mitteilun-

gen an die Eltern. Hierbei ist der Empfängerin oder dem Empfänger mitzuteilen, dass mit diesem Schreiben bei der als zuständig benannten Agentur für Arbeit eine ausbildungsbegleitende Hilfe (abH) beantragt werden kann.

2. Auswertungen von Prüfungen

Die im Folgenden festgelegten Auswertungen und Analysen dienen der Optimierung der Unterrichtsarbeit sowie der Verbesserung der Vergleichbarkeit schulischer Leistungen.

2.1 Die Fach- bzw. Teilkonferenzen gemäß § 94 Abs. 4 des Brandenburgischen Schulgesetzes gleichen die Anforderungsprofile der Zwischen- und Abschlussprüfungen sowie der gestreckten Abschlussprüfungen - nachfolgend Prüfungen genannt - mit den jeweiligen Rahmenlehrplänen ab.

2.2 In einem weiteren Verfahren sind die Ergebnisse (Noten) der Prüfungen im Hinblick auf die schulischen Noten im Sinne der Vergleichbarkeit von Leistungsanforderungen und Benotungen zu analysieren.

2.3 Bei den Auswertungen der Prüfungen und Prüfungsergebnisse gemäß 2.1 und 2.2. sind auch die Lehrkräfte, die in den entsprechenden Prüfungsausschüssen mitarbeiten, zu beteiligen. In Abstimmung mit dem staatlichen Schulamt oder den staatlichen Schulämtern sind übergreifende Fach- oder Teilkonferenzen der OSZ gemäß § 87 Abs.4 i.V.m. § 94 Abs. 4 des Brandenburgischen Schulgesetzes durchzuführen.

3. Schulische Förderung

Der in den Stundentafeln ausgewiesene Wahlpflichtbereich ist gemäß § 11 Abs. 3 BSV ebenso wie der Förderunterricht gemäß Nummer 2 Abs. 3 a der VV-Unterrichtsorganisation verstärkt zur Verbesserung der Leistungen als Stützung zu verwenden.

Anlage

Brandenburgischer Ausbildungskonsens fordert: Ausbildung - jetzt!

Die Partner des brandenburgischen Ausbildungskonsenses haben sich angesichts der außerordentlich angespannten Ausbildungssituation im Land Brandenburg auf ein gemeinsames Handeln verständigt. Ziel des Konsenses bleibt es, auch in einer wirtschaftlich schwierigen Situation jedem ausbildungsfähigen und ausbildungswilligen Jugendlichen ein Ausbildungsangebot zu unterbreiten. Die Partner wollen dabei.

1. gemeinsam und abgestimmt für mehr Ausbildung werben,
2. Betriebe für mehr Ausbildung mobilisieren und ihnen Hemmnisse und Probleme im Hinblick auf die Ausbildung aus dem Weg räumen.

1. Ausbildungssituation 2003

Die Situation am Ausbildungsmarkt hat sich in den laufenden Jahren weiter verschlechtert. Trotz der Einführung neuer Berufe und der Modernisierung von Ausbildungsberufen ist ein erneuter Rückgang des betrieblichen Ausbildungsangebotes zu verzeichnen. Ursächlich hierfür sind insbesondere die derzeitige konjunkturelle Entwicklung und die spezifische Wirtschaftsstruktur im Land Brandenburg. Die brandenburgische Wirtschaft wird trotz aller Anstrengungen aus eigener Kraft nicht allen ausbildungsfähigen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anbieten können. Die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze ist daher - auch im Sinne einer Wirtschaftsförderung - weiterhin eine Aufgabe von Bund und Land. Die Bundesanstalt für Arbeit fördert die Berufsausbildung von speziellen Zielgruppen unversorgter Bewerber und Bewerberinnen im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

2. Zusätzliche Ausbildungsangebote keine Selbstverständlichkeit

Die ausreichende Versorgung von Ausbildungsplatzbewerbern konnte in den vergangenen Jahren neben den Ausbildungsleistungen der brandenburgischen Betriebe insbesondere durch die Anstrengungen von Bund, Land und Bundesanstalt für Arbeit erreicht werden. Auch in diesem Jahr werden im Rahmen des Ausbildungsplatzangebotes Ost 2003 erneut 5.000 zusätzliche Ausbildungsplätze angeboten werden können. Diese Angebote wie auch die Magnahmen der Bundesanstalt für Arbeit sind eine Chance für jeden einzelnen Jugendlichen! Die durch die Steuerzahler bzw. Beitragsentrichter finanzierten Angebote sind keine Selbstverständlichkeit! Die Partner des brandenburgischen Ausbildungskonsenses stimmen daher darin überein, dass Jugendlichen derartige Angebote in der Regel nur einmal unterbreitet werden sollen und unbegründete Ablehnungen nicht akzeptiert werden können.

3. Berufsvorbereitung verbessern

Die Partner des Ausbildungskonsenses sind sich in diesem Zusammenhang einig, dass eine weitere **Verbesserung der Berufsvorbereitung** in den allgemeinbildenden Schulen notwendig ist. Sie unterstützen daher das „Netzwerk Zukunft - Schule und Wirtschaft für Brandenburg“. Ziel sollte sein, dass jede allgemeinbildende Schule mit mindestens einem Unternehmen bzw. Unternehmensverbund kooperiert, damit der allgemeinbildende Unterricht praxisnäher gestaltet wird. Betriebspraktika sollten durchgängig und mehrfach ab der 8. Klasse angeboten und systematisch im Schulunterricht vorbereitet und ausgewertet werden. Die Form der Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft sowie der Berufsberatung bei den Arbeitsämtern und die (Qualifizierung von Lehrkräften im Sinne der Vermittlung von praktischen Erfahrungen in der Arbeitswelt) sollten verbindlich festgelegt werden.

4. Verbesserung der Lernortkooperation

Die Kooperation der Lernorte Betrieb, Berufsschule und Überbetriebliche Berufsbildungsstätte muss weiter optimiert wer-

den. Neben einer ausreichenden Versorgung mit Überbetrieblichen Berufsbildungsstätten muss das berufsschulische Angebot auch in Zukunft eine regional gleichmäßige und angemessene Versorgung der berufsschulpflichtigen Jugendlichen gewährleisten. Dies gilt vorrangig für eine ausreichende und qualifizierte Personalausstattung der Berufsschulen.

Der Auftrag der Berufsschule ist nach Auffassung der Partner des brandenburgischen Ausbildungskonsenses um den Aufbau eines gezielten Nachhilfe- und Fördersystems zu erweitern, dass auf den Ausgleich ungenügender bzw. fehlender Kenntnisse der Auszubildenden abzielt.

5. Ausbildungsoffensive 2003 unterstützen

Die Partner des brandenburgischen Ausbildungskonsenses begrüßen und unterstützen die auf Bundesebene angeschobene **Ausbildungsoffensive 2003**. Sie erwarten dabei, dass Ausbildungsbetriebe, die überdurchschnittlich ausbilden, stärker als bisher entlastet werden.

6. Reform der Beruflichen Ausbildung voranbringen

Die Reform der beruflichen Ausbildung muss darüber hinaus auf Bundesebene vorangetrieben werden. Die Partner des brandenburgischen Ausbildungskonsenses erwarten dabei, dass

- a) bei der Modernisierung von Ausbildungsberufen die Anforderungen im Hinblick auf technische Neuerung und Entwicklungen in der Arbeitswelt mit Augenmaß festgelegt werden,
- b) differenzierte Ausbildungsangebote für praktisch begabte Jugendliche geschaffen werden, die Chancen im Beschäftigungssystem eröffnen,
- c) die Einführung neuer bzw. neu geordneter Berufe in einer Form vollzogen wird, die der kleinteiligen Wirtschaftsstruktur in Brandenburg gerecht wird.

7. Gemeinsam Handeln

Die Partner des Ausbildungskonsenses verabreden, dass sie ihre Aktivitäten eng untereinander abstimmen und gemeinsam öffentlichkeitswirksam darstellen werden.

Auf dieser Grundlage appellieren die Partner des brandenburgischen Ausbildungskonsenses gemeinsam:

Ausbildungsplätze jetzt zur Verfügung stellen

Alle betrieblichen Ausbildungsplätze sollen mit geeigneten Bewerbern besetzt werden und alle ausbildungsfähigen und willigen

Jugendlichen die Möglichkeit einer Berufsausbildung erhalten.

Wir appellieren deshalb an alle Betriebe, weitere Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen, freie Ausbildungsplätze dem Arbeitsamt zu melden und alle Lehrstellen durch den Abschluss eines Ausbildungsvertrages baldmöglichst zu besetzen. Zusätzliche Fördermittel sind nicht zu erwarten.

Ausbildungsalternativen prüfen und Ausbildungschancen nutzen

Alle Schulabgänger und -abgängerinnen fordern wir auf, sich umfassend und frühzeitig über Chancen und Anforderungen der Berufswelt und des Arbeitsmarktes zu informieren und flexibel alle Möglichkeiten zu nutzen:

Nehmen Sie die Beratungsangebote der Arbeitsämter, der Kammern und anderer Institutionen wahr. Sofern Sie die Fachhochschulreife oder Hochschulreife besitzen, informieren Sie sich gründlich über die Studienmöglichkeiten an den brandenburgischen Hochschulen.

Zusammenarbeit und Kooperation auf allen Ebenen:

Die Partner des Ausbildungskonsenses fordern alle in der beruflichen Bildung verantwortlichen Stellen und Personen auf:

Lassen Sie nicht in Ihrem Engagement zugunsten einer Ausbildung der Jugend unseres Landes nach. Informieren Sie frühzeitig über Chancen und Anforderungen der Berufswelt und des Arbeitsmarktes. Arbeiten Sie eng und vertrauensvoll vor Ort und in den Regionen zusammen. Nur gemeinsam können wir es schaffen, jedem Ausbildungswilligen ein entsprechendes Angebot zu machen.

Potsdam, den 30. Juni 2003

Für die Landesregierung
Brandenburg:

Der Handwerkskammertag
Land Brandenburg

Der Ministerpräsident

Die Arbeitsgemeinschaft der
Industrie- und Handelskammern
des Landes Brandenburg

Der Minister für Arbeit,
Soziales, Gesundheit und
Frauen

Die Vereinigung der Unter-
nehmensverbände in Berlin
und Brandenburg e.V.

Der Minister für Bildung,
Jugend und Sport

Der Deutsche Gewerkschafts-
bund

Der Minister für Wirtschaft
Brandenburg

Das Landesarbeitsamt Berlin-
Brandenburg

**Maßnahmen zur Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen und zur Senkung der Durchfallquote
Abschlussprüfungen Empfehlungen
des Landesausschusses
für Berufsbildung Brandenburg (LAB)**

Vom 17. März 2004

I. Ausgangssituation

a) Auszubildende

- Die Leistungsfähigkeit mancher Schulabgänger erschwert den Abschluss und die erfolgreiche Durchführung von Ausbildungsverträgen. Insbesondere in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereichen und in Deutsch bestehen bei zu vielen Schulabgängerinnen und Schulabgängern erhebliche Mängel, die die erfolgreiche Durchführung einer Ausbildung gefährden.
- Oftmals sind die Sozialkompetenzen dieser Jugendlichen noch nicht hinreichend ausgebildet.

b) Ausbildungsbetriebe

- Die Ausbildungsbetriebe nutzen noch zu wenig die Möglichkeit, ihre Jugendlichen an den sog. Ausbildungsbegleitenden Hilfen der Agenturen für Arbeit (abH) teilnehmen zu lassen.
- Es fehlt an einem engen Kontakt zum Oberstufenzentrum (OSZ) um auch auf diesem Weg zusätzliche schulische Hilfen für einzelne Auszubildende absprechen zu können.

c) Oberstufenzentrum

- Der Kontakt zwischen Betrieb und Schule stellt sich oftmals trotz bestehen der rechtlicher Möglichkeiten (vgl. § 16 der Berufsschulverordnung - BSVO -) als schwierig dar.
- Die Zeugnisnoten sind oft besser als die Ergebnisse in den Prüfungen. Da durch erkennen viele Betroffene nicht oder viel zu spät den Ernst der Lage.

II. Handlungsempfehlungen

a) Auszubildende

- Die Jugendlichen müssen frühzeitiger auf ihre Defizite bezüglich des Ausbildungserfolges hingewiesen werden, damit sie an sich selbst arbeiten können bzw. ggf. noch rechtzeitig abH bei der zuständigen Arbeitsagentur beantragen können.

b) Ausbildungsbetriebe

- Die Betriebe müssen vermehrt den Kontakt zu den OSZ und zu den zuständigen Stellen suchen, um Ansprüche an die Berufsausbildung abzugleichen und Fehlentwicklungen rechtzeitig entgegenzutreten zu können z. B. durch Beantragung von abH.

c) Oberstufenzentrum

- Hinsichtlich der Anforderungen und der Bewertung bedarf es einer engeren Abstimmung zwischen OSZ, Ausbildungsbetrieb und Prüfungsausschuss, um den Auszubildenden rechtzeitig die Defizite aufzuzeigen.
- Es muss ein wirksames Frühwarnsystem aufgebaut werden. Dabei informieren die OSZ gezielt und frühzeitig die Ausbildungsbetriebe über festgestellte Defizite und Mängel; § 16 der Berufsschulverordnung bietet hierfür hinreichend Handlungsspielraum für Ausbildungsbetrieb und Oberstufenzentrum. Die Information soll so früh wie möglich erfolgen, als sinnvoll wird das Ende des ersten Ausbildungshalbjahres erachtet, da sich erfahrungsgemäß zu diesem Zeitpunkt die Lehrkräfte ein zutreffendes Bild über die Jugendlichen machen können. Eine zu wohlwollende und beschönigende Notengebung durch das OSZ wirkt sich hierbei negativ für die Jugendlichen aus, da diese Noten das wichtigste Prüfkriterium der Agenturen für Arbeit bei der Einzelfallentscheidung zur Bewilligung von abH sind.
- Die Fach- bzw. Teilkonferenzen der OSZ sollen unter Beteiligung der Lehrkräfte in den Prüfungsausschüssen die Anforderungsprofile der Zwischen- und Abschlussprüfungen sowie der gestreckten Abschlussprüfungen mit den jeweiligen Rahmenlehrplänen abgleichen. Ebenso sollen die Ergebnisse (Noten) der Prüfungen im Hinblick auf die schulischen Noten im Sinne der Vergleichbarkeit von Leistungsanforderungen und Benotungen analysiert werden.
- Die Leistungsnachweise sollen im Verlauf der Ausbildungszeit verstärkt den ganzheitlichen Ansatz von Prüfungen berücksichtigen.

d) Einbindung der Agenturen für Arbeit

Die Agenturen für Arbeit haben mit der Möglichkeit der Bewilligung von Ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH) ein wirksames Instrument zur zusätzlichen Qualifizierung der Auszubildenden. Statistiken zeigen, dass dieses Instrument in Brandenburg noch zu wenig genutzt wird. Daher folgende Schlussfolgerungen.

- Das Instrument abH muss bei allen Beteiligten offensiv vertreten werden.
- Ausbildungsbetriebe und Auszubildende sind gehalten, bei Vorliegen entsprechender Hinweise frühzeitig bei der zuständigen Agentur für Arbeit abH zu beantragen.
- Die Regionaldirektion Berlin/Brandenburg wird gebeten, den jeweiligen Agenturen für Arbeit vor Ort zu empfehlen, das entsprechende Prüf- und Bewilligungsverfahren kurz und unbürokratisch durchzuführen.
- Die Agenturen für Arbeit sollen die Träger anregen, die abH in den OSZ vorzustellen, damit sich auch die Auszubildenden vorab informieren können.

II. Nichtamtlicher Teil

Mitteilung 17/04

Vom 19. April 2004
Gz.: 22.7 - Tel.: 8 66-37 26

Übersicht über geltende Verordnungen, Verwaltungsvorschriften und Richtlinien

Nachfolgend sind alle geltenden Verordnungen, Verwaltungsvorschriften und Richtlinien aufgeführt, die vom MBSJ erlassen wurden. Die Auflistung berücksichtigt für Verordnungen die Veröffentlichung im Gesetz- und Verordnungsblatt Teil II (GVBl. II; bis einschließlich Nr. 5 vom 5. März 2004), für Verwaltungsvorschriften und Richtlinien die Veröffentlichung im Amtsblatt des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (ABl. MBSJ; bis einschließlich Nr. 5 vom 1. März 2004).

Für Rechtsvorschriften führt das Ministerium für Justiz und Europaangelegenheiten einen Fundstellennachweis (www.mdje.brandenburg.de; <Landesrecht>). Für die im Amtsblatt des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport veröffentlichten Verwaltungsvorschriften gilt die vorliegende Mitteilung als Fundstellennachweis.

Für die Ordnung der Vorschriften wurden Sachgebietsnummern gewählt, die den Gliederungs-Kennzahlen der vom MBSJ als CD-ROM herausgegebenen Carl-Link-Vorschriftensammlung „Das Schulrecht im Land Brandenburg“ entsprechen. Ein großer Teil der Vorschriften findet sich unter gleicher Gliederungs-Kennzahl in der gleichnamigen Loseblatt-Sammlung.

Ich empfehle, Ihren Vorschriftenbestand entsprechend der nachfolgenden Auflistung zu überprüfen und ungültig gewordene Vorschriften zu entfernen.

Nachstehend findet sich eine statistische Übersicht der Vorschriftenentwicklung zwischen dem 1. Januar 2003 und dem 1. Januar 2004.

A Verordnungen	A. I. Schule, ZBW, Lehrkräfte	A. II. Weiterbildung	A. III. Jugend	A. IV. Sport	A. V. sonst	A. Summe MBSJ
Bestand 1.1.03	40	2	11	0	1	54
weggefallen	0	0	1		0	1
Änderungen oder Ersatz	10	1	0	0	0	11
neu	3	0	0	0	0	3
Bestand 1.1.04	43	2	10	0	1	56
Bilanz	+3	0	-1	0	0	+2
neu erlassen (brutto)	13	1	0	0	0	14

B Verwaltungsvorschriften	B. I. Schule, ZBW, Lehrkräfte	B. II. Weiterbildung	B. III. Jugend	B. IV. Sport	B. Summe MBSJ
Bestand 1.1.03	55	8	6	0	69
weggefallen	5	0	0	0	5
fortbestehen	45	4	5	0	54
Ersetzungen	5	4	1	0	10
Änderungen	5	0	0	0	5
neu	6	0	1	0	7
Bestand 1.1.04	65	8	7	0	71
Bilanz	+1	+/-0	+1	+/-0	+2
neu erlassen (brutto)	16	4	2	0	22

A. Verordnungen

A.I. Verordnungen Bereiche Schule, ZBW, Lehrkräfte

A.I.1. Verordnungen aufgrund des Ersten Schulreformgesetzes

23 Berufliche Bildungsgänge

23-70 Verordnung über die Ausbildung und die Prüfungen an den Fachschulen im Land Brandenburg
(Ausbildungs- und Prüfungsordnung der Fachschulen - APO-FS)

vom 17. Mai 1994

(GVBl. II S. 370; ABl. MBSJ S. 650)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5530-11

In-Kraft-Treten: 1. Februar 1993

Änderungen:

- 1. ÄndV
vom 17. Dezember 1996
(GVBl. II 1997 S. 21)
In-Kraft-Treten: 1. August 1996
- 2. ÄndV
vom 30. Juli 2001
(GVBl. II S. 494; ABl. MBSJ S. 501)
In-Kraft-Treten: 1. August 2001
- 3. ÄndV
vom 10. Oktober 2001
(GVBl. II S. 578; ABl. MBSJ S. 501)
In-Kraft-Treten: 1. September 2001
- 4. ÄndV
vom 2. August 2002
(GVBl. II S. 489; ABl. MBSJ S. 543)
In-Kraft-Treten: 1. August 2002
- **Kapitel 2 außer Kraft durch** Fachschulverordnung Sozialwesen
vom 24. April 2003
(GVBl. II S. 219; ABl. MBSJ S. 110)
In-Kraft-Treten: 1. August 2003

23-90 Verordnung über die Zusatzausbildung zum Erwerb der Berufsbezeichnung „Staatlich geprüfte Betriebswirtin“

oder „Staatlich geprüfter Betriebswirt“ bei erworbenen Abschlüssen als Ökonom, Ingenieurökonom oder Wirtschaftler

(Zusatzausbildungsverordnung Betriebswirt - ZuausBwV) vom 20. Oktober 1994

(GVBl. II S. 940)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): **5530-12**

In-Kraft-Treten: 1. Januar 1995

76 Weiterbildung des pädagogischen Personals

--- Verordnung über die Errichtung eines Staatlichen Studienseminars für das Lehramt für die Sekundarstufe II in Neuruppin

(V-Errichtung Studienseminar Sekundarstufe II / Neuruppin) vom 30. September 1993

(GVBl. II 1994 S. 2)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): **5532-2**

In-Kraft-Treten: 1. Oktober 1993

--- Verordnung über die Umwandlung des Staatlichen Studienseminars für das Lehramt der Sekundarstufe I Cottbus in das Staatliche Studienseminar für das Lehramt der Sekundarstufe II Cottbus

(V-Umwandlung Studienseminar Sekundarstufe II / Cottbus) vom 30. September 1993

(GVBl. II 1994 S. 2)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): **5532-1**

In-Kraft-Treten: 1. Oktober 1993

A.I.2. Verordnungen aufgrund des Brandenburgischen Schulgesetzes

15 Schulen in freier Trägerschaft

15-20 Verordnung über die Genehmigung und Anerkennung von Ersatzschulen

(Ersatzschulgenehmigungsverordnung - ESGAV)

vom 18. Juli 2003

(GVBl. II S. 434; ABl. MBS S. 255)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): **5530-4**

In-Kraft-Treten: 1. August 2003

15-30 Verordnung über die Bewilligung von Zuschüssen an die Träger von Ersatzschulen

(Ersatzschulzuschussverordnung - ESZV)

vom 14. November 1997

(GVBl. II S. 878; ABl. MBS 1998 S. 97)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): **5530-22**

In-Kraft-Treten: 1. Januar 1997

Änderungen:

- Verordnung zur Änderung der Ersatzschulzuschussverordnung vom 23. Dezember 2001 (GVBl. II 2002 S. 6; ABl. MBS S. 195) In-Kraft-Treten: 1. Januar 2002
- Zweite Verordnung zur Änderung der Ersatzschulzuschussverordnung vom 17. Mai 2003

(GVBl. II S. 338; ABl. MBS Nr. 7, S. 154)

In-Kraft-Treten: 1. August 2003

20 Primarstufe

20-10 Verordnung über den Bildungsgang der Grundschule (Grundschulverordnung - GV)

vom 2. August 2001

(GVBl. II S. 292; ABl. MBS S. 391)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): **5530-8**

In-Kraft-Treten: 1. August 2001

Änderungen:

- Erste Verordnung zur Änderung der Grundschulverordnung vom 28. Juli 2003 (GVBl. II S. 459; ABl. MBS S. 258) In-Kraft-Treten: 1. August 2003

21 Sekundarstufe I

21-10 Verordnung über die Bildungsgänge in der Sekundarstufe I

(Sekundarstufe I-Verordnung - Sek I-V)

vom 5. Mai 1997

(GVBl. II S. 374; ABl. MBS S. 775)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): **5530-6**

In-Kraft-Treten: 1. August 1997

Änderungen:

- Erste Verordnung zur Änderung der Sekundarstufe I - Verordnung vom 21. Juli 1999 (GVBl. II S. 440; ABl. MBS S. 515) In-Kraft-Treten: 1. August 1999
- Zweite Verordnung zur Änderung der Sekundarstufe I – Verordnung vom 6. Februar 2002 (GVBl. II S. 135; ABl. MBS S. 102) In-Kraft-Treten: 1. August 2001
- Dritte Verordnung zur Änderung der Sekundarstufe I – Verordnung vom 6. August 2002 (GVBl. II S. 492; ABl. MBS S. 494) In-Kraft-Treten: 1. August 2002

22 Gymnasiale Oberstufe

22-20 Verordnung über den Bildungsgang in der gymnasialen Oberstufe und über die Abiturprüfung

(Gymnasiale - Oberstufe-Verordnung – GOSTV) vom 1. März 2002

(GVBl. II S. 142; ABl. MBS S. 126)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): **5530-17**

In-Kraft-Treten: 1. August 2002

Hinweis:

Die Gymnasiale - Oberstufe-Verordnung vom 30. Juni 1997 (GVBl. II S. 658), zuletzt geändert durch Zweite Verordnung zur Änderung der Gymnasiale-Oberstufe-Verordnung vom 15. März 1999 (GVBl. II S. 255; ABl. MBS S. 179) ist gemäß § 39 Abs. 1 GOSTV 2002 bis 31. Juli 2004 auslaufend anzuwenden.

23 Berufliche Bildungsgänge

23-10 Berufsschulverordnung

vom 5. April 2002

(GVBl. II S. 335; ABl. MBS S. 349)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5530-15

In-Kraft-Treten: 1. August 2002

23-15 Verordnung über den Bildungsgang der Berufsfachschule zum Erwerb beruflicher Grundbildung und von gleichgestellten Abschlüssen der Sekundarstufe I

(Berufsgrundbildungsverordnung - GrBiBFSV)

vom 16. Juni 1998

(GVBl. II S. 442; ABl. MBS S. 434)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5530-3

In-Kraft-Treten: 1. August 1998

23-20 Verordnung über den Bildungsgang der Berufsfachschule zur Erlangung eines Berufsabschlusses nach Landesrecht

(Berufsfachschulverordnung - BFSV)

vom 19. Juni 1997

(GVBl. II S. 586; ABl. MBS S. 693)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5530-21

In-Kraft-Treten: 1. August 1997

Änderungen:

- §§ 27 und 28 geändert durch Erste Verordnung zur Änderung der Berufsfachschulverordnung vom 12. Januar 2000

(GVBl. II S. 31; ABl. MBS S. 127)

In-Kraft-Treten: 1. Februar 2000

- Inhaltsübersicht, §§ 3, 5, 17, 23, 27, 28 und Anlage 1 geändert durch Zweite Verordnung zur Änderung der Berufsfachschulverordnung vom 18. Juni 2001

(GVBl. II S. 218; ABl. MBS S. 486)

In-Kraft-Treten: 1. August 2001

- Inhaltsübersicht, §§ 2, 17, 36, 38, 39 geändert und XIII. Stundentafel als Anlage eingefügt durch Dritte Verordnung zur Änderung der Berufsfachschulverordnung vom 04. April 2002

(GVBl. II S. 334; ABl. MBS S. 348)

In-Kraft-Treten: 1. August 2002

23-22 Verordnung über den Bildungsgang der Berufsfachschule zum Erwerb des Berufsabschlusses als Kosmetikerin oder Kosmetiker nach dem Berufsbildungsgesetz

(Berufsfachschulverordnung Kosmetikerin/Kosmetiker nach BBiG – KosBFSV)

vom 14. Juni 2003

(GVBl. II S. 366; ABl. MBS S. 178)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5530-37

In-Kraft-Treten: 1. August 2003

Außer-Kraft-Treten: 31. Juli 2009

23-24 Verordnung über den Bildungsgang der Berufsfachschule zum Erwerb eines Berufsabschlusses in kaufmännischen Berufen nach dem Berufsbildungsgesetz

(Berufsfachschulverordnung kaufmännische Berufe nach BBiG - KaufBFSV)

vom 19. Juni 1997

(GVBl. II S. 490; ABl. MBS S. 715)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5530-10

In-Kraft-Treten: 1. August 1997

Änderungen:

- 1. Verordnung zur Änderung der Berufsfachschulverordnung kaufmännische Berufe nach BBiG vom 25. November 1998

(GVBl. II S. 642; ABl. MBS 1999 S. 122)

In-Kraft-Treten: 1. August 1998

Außer-Kraft-Treten: 31. Juli 2004

23-27 Verordnung über den Bildungsgang der Berufsfachschule zum Erwerb eines Berufsabschlusses nach dem Berufsbildungsgesetz oder der Handwerksordnung

(Berufsfachschulverordnung Berufsabschluss nach BBiG oder HwO - BBHwBFSV)

vom 3. Juli 1997

(GVBl. II S. 610; ABl. MBS S. 729)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5530-30

In-Kraft-Treten: 1. August 1997

Änderungen:

- Erste Verordnung zur Änderung der Berufsfachschulverordnung Berufsabschluss nach BBiG oder HwO

vom 16. Juni 1998

(GVBl. II S. 445; ABl. MBS S. 437)

In-Kraft-Treten: 1. August 1998

- Zweite Verordnung zur Änderung der Berufsfachschulverordnung Berufsabschluss nach BBiG oder HwO

vom 17. August 2000

(GVBl. II S. 323; ABl. MBS S. 379)

In-Kraft-Treten: 1. August 2000

23-30 Verordnung über den Bildungsgang zum Erwerb eines Berufsabschlusses nach Landesrecht in den Sozialberufen an der Berufsfachschule

(Berufsfachschulverordnung für sozialpflegerische Berufe - SozBFSV)

vom 24. April 1997

(GVBl. II S. 266; ABl. MBS S. 634)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5530-14

In-Kraft-Treten: 1. August 1996

Änderungen:

- Erste Verordnung zur Änderung der Berufsfachschulverordnung für sozialpflegerische Berufe vom 18. Mai 2000

(GVBl. II S. 183; ABl. MBS S. 251)

In-Kraft-Treten: 1. Mai 2000

23-40 Verordnung über die Bildungsgänge der Fachoberschule

(Fachoberschulverordnung - FOSV)

vom 24. Mai 1997

(GVBl. II S. 434; ABl. MBS S. 670)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5530-16

In-Kraft-Treten: 1. August 1997

23-45 Verordnung über den zusätzlichen Erwerb der Fachhochschulreife in beruflichen Bildungsgängen

(Fachhochschulreifeverordnung – FHRV)

vom 19. November 2002

(GVBl. II S. 678; ABl. MBS 2003 S. 2)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5530-26

In-Kraft-Treten: 1. August 2002

23-50 Verordnung über die Ausbildung und die Prüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife in Verbindung mit einer dualen Berufsausbildung

(Doppelqualifizierungsverordnung - DopquaV)

vom 6. August 1998

(GVBl. II S. 546; ABl. MBS S. 570)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5530-28

In-Kraft-Treten: 1. August 1998

23-75 Verordnung über die Bildungsgänge für Sozialwesen in der Fachschule

(Fachschulverordnung Sozialwesen)

vom 24. April 2003

(GVBl. II S. 219; ABl. MBS S. 110)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5530-36

In-Kraft-Treten: 1. August 2003

25 Sonderpädagogische Förderung

25-10 Verordnung über Unterricht und Erziehung für junge Menschen mit sonderpädagogischem Förderbedarf

(Sonderpädagogik-Verordnung - SopV)

vom 24. Juni 1997

(GVBl. II S. 504; ABl. MBS S. 478)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5530-23

In-Kraft-Treten: 1. August 1997

Änderungen:

- §§ 4, 8, 10 geändert durch Erste Verordnung zur Änderung der Sonderpädagogik-Verordnung vom 5. Juli 1999

(GVBl. II S. 413; ABl. MBS S. 462)

In-Kraft-Treten: 1. August 1999

- Inhaltsübersicht, §§ 3, 4, 5, 7, 8 - 10, 15, 16, 23, 24, 29, 33, 34, Anlage geändert durch Zweite Verordnung zur Änderung der Sonderpädagogik-Verordnung vom 26. März 2002

(GVBl. II S. 194; ABl. MBS S. 283)

In-Kraft-Treten: 1. August 2002

26 Zweiter Bildungsweg

26-10 Verordnung über die Bildungsgänge des Zweiten Bildungsweges

(ZBW - Verordnung - ZBWV)

vom 6. Juli 1998

(GVBl. II S. 490; ABl. MBS S. 491)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5530-31

In-Kraft-Treten: 1. August 1998

26-20 Verordnung über den Erwerb der Fachhochschulreife im Telekolleg

(Telekolleg-Verordnung - TKV)

vom 9. Juli 2002

(GVBl. II S. 423; ABl. MBS S. 535)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5530-34

In-Kraft-Treten: 1. August 2002

27 Externer Erwerb von Abschlüssen

27-10 Verordnung über Prüfungen zum nachträglichen Erwerb von Abschlüssen der Sekundarstufe I und der all-

gemeinen Hochschulreife für Nichtschülerinnen und Nichtschüler im Land Brandenburg

(Nichtschülerprüfungsverordnung - NschPV)

vom 23. August 1997

(GVBl. II S. 762; ABl. MBS S. 792)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5530-27

In-Kraft-Treten: 1. August 1997

Änderungen:

- Erste Verordnung zur Änderung der Nichtschülerprüfungsverordnung vom 21. August 2002

(GVBl. II S. 562; ABl. MBS S. 609)

In-Kraft-Treten: 1. August 2002

31 Unterrichtsorganisation

31-21 Verordnung über den Erwerb des Latinums/Graecums durch eine Ergänzungsprüfung

(Ergänzungsprüfungsverordnung Latinum/Graecum - EPV-LaGr)

vom 9. September 1997

(GVBl. II S. 781; ABl. MBS S. 801)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5530-19

In-Kraft-Treten: 1. August 1997

31-30 Verordnung über die schulischen Bildungsangelegenheiten der Sorben (Wenden)

(Sorben-[Wenden-]Schulverordnung - SWSchulV)

vom 31. Juli 2000

(GVBl. II S. 291; ABl. MBS S. 229; S. 251)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5530-33

In-Kraft-Treten: 1. August 2000

31-40 Verordnung über die Eingliederung von fremdsprachigen Schülerinnen und Schülern in die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen

(Eingliederungsverordnung - EingIV)

vom 19. Juni 1997

(GVBl. II S. 533; ABl. MBS 1998 S. 194)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5530-29

In-Kraft-Treten: 1. August 1997

Änderungen:

- §§ 4, 5, 8 und 9 geändert durch Verordnung zur Änderung der Eingliederungsverordnung vom 29. August 2001

(GVBl. II S. 551; ABl. MBS S. 70)

In-Kraft-Treten: 1. August 2001

31-70 Verordnung über den Religionsunterricht an Schulen

(Religionsunterrichtsverordnung – RUV)

vom 1. August 2002

(GVBl. II S. 481; ABl. MBS S. 541)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5530-35

In-Kraft-Treten: 1. August 2002

32 Unterrichtsmittel

32-10 Verordnung über die Zulassung von Lernmitteln und über die Lernmittelfreiheit

(Lernmittelverordnung - LernMV)

vom 14. Februar 1997

(GVBl. II S. 88; ABl. MBS S. 202)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): **5530-20**

In-Kraft-Treten: 25. März 1997

Änderungen:

- §§ 1, 4, 7, 10, 12 und Anlage 1 geändert durch Erste Verordnung zur Änderung der Lernmittelverordnung vom 9. November 1998 (GVBl. II S. 621)
In-Kraft-Treten: 1. Oktober 1998
- §§ 1, 4 und 7 geändert durch Zweite Verordnung zur Änderung der Lernmittelverordnung vom 6. September 2000 (GVBl. II S. 333)
In-Kraft-Treten: 31. Oktober 2000
- § 7 neu gefasst durch Dritte Verordnung zur Änderung der Lernmittelverordnung vom 2. Januar 2001 (GVBl. II S. 5; ABl. MBS S. 116)
In-Kraft-Treten: 31. Oktober 2000
- § 7 geändert und Anlagen 1 und 2 neu gefasst durch Vierte Verordnung zur Änderung der Lernmittelverordnung vom 24. Oktober 2001 (GVBl. II S. 616)
In-Kraft-Treten: 1. Januar 2002

35 Schulversuche, Versuchsschule

35-10 Verordnung über Schulversuche, Versuchsschulen, abweichende Organisationsformen und Schulen mit besonderer Prägung

(Schulversuchsverordnung - SchVersuchV)
vom 23. April 1997

(GVBl. II S. 261; ABl. MBS S. 339)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): **5530-09**

In-Kraft-Treten: 28. Mai 1997

40 Schulpflicht

40-40 Verordnung zum Ruhen der Schulpflicht nach Asylantträgen

(Schulpflichtruhenverordnung - SchuruV)
vom 30. November 1998

(GVBl. II 1999 S. 86; ABl. MBS S. 542)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): **5530-25**

In-Kraft-Treten: 3. März 1999

44 Aufsicht, Erziehung, Ordnung

44-10 Verordnung über Konfliktschlichtung, Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen

(Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen Verordnung - EOMV)
vom 12. Oktober 1999

(GVBl. II S. 611; ABl. MBS S. 606)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): **5530-24**

In-Kraft-Treten: 19. November 1999

51 Schulaufsicht

51-18 Verordnung über die Aufgaben des Landesinstituts für Schule und Medien Brandenburg

(LISUM - Aufgabenverordnung – LISUM AufgV)
vom 24. Dezember 2003

(GVBl. II 2004 S. 29; ABl. MBS 2004 S. 58)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): n.n.

In-Kraft-Treten: 1. Juli 2003

51-27 Verordnung über die Wahrnehmung überregionaler und landesweiter Aufgaben durch einzelne staatliche Schulämter

(Aufgabenübertragungs-Verordnung - AStSchAV)
vom 18. April 2002

(GVBl. II S. 247; ABl. MBS S. 285)

In-Kraft-Treten: 1. Januar 2002

Änderungen:

- Erste Verordnung zur Änderung der Aufgabenübertragungs-Verordnung vom 27. August 2002 (GVBl. II S. 554; ABl. MBS S. 611)
In-Kraft-Treten: 1. August 2002
- Zweite Verordnung zur Änderung der Aufgabenübertragungs-Verordnung MBS vom 10. August 2003 (GVBl. II S. 475; ABl. MBS S. 262)
In-Kraft-Treten: 1. August 2003

53 Schulträger

53-30 Festlegung der Schulbezirke für kreisübergreifende Fachklassen und Landesfachklassen im dualen System der Berufsbildung im Land Brandenburg

(Landesschulbezirksverordnung - LSchBzV)
vom 8. April 1997

(GVBl. II S. 230; ABl. MBS: ohne)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): **5530-5**

In-Kraft-Treten: 1. Januar 1997

Änderungen:

- Erste Verordnung zur Änderung der Landesschulbezirksverordnung vom 3. Februar 1998 (GVBl. II S. 142; ABl. MBS S. 200)
In-Kraft-Treten: 1. Februar 1998
- Zweite Verordnung zur Änderung der Landesschulbezirksverordnung vom 28. Januar 1999 (GVBl. II S. 50; ABl. MBS S. 122)
In-Kraft-Treten: 1. Februar 1999
- Dritte Verordnung zur Änderung der Landesschulbezirksverordnung vom 6. Juli 2000 (GVBl. II S. 254; ABl. MBS S. 311)
In-Kraft-Treten: 1. August 2000
- Vierte Verordnung zur Änderung der Landesschulbezirksverordnung vom 21. Juni 2001 (GVBl. II S. 233; ABl. MBS S. 350)
In-Kraft-Treten: 1. August 2001

- Fünfte Verordnung zur Änderung der Landesschulbezirksverordnung vom 31. Mai 2002
(GVBl. II S. 357; ABl. MBS S. 355)
In-Kraft-Treten: 1. August 2002
- Sechste Verordnung zur Änderung der Landesschulbezirksverordnung vom 14. Juni 2003
(GVBl. II S. 378; ABl. MBS S. 190)
In-Kraft-Treten: 1. August 2003

56 Datenverarbeitung

- 56-10 Verordnung über den Schutz personenbezogener Daten in Schulen, Schulbehörden sowie nachgeordneten Einrichtungen des für Schule zuständigen Ministeriums im Land Brandenburg

(Datenschutzverordnung Schulwesen - DSV)

vom 14. Mai 1997

(GVBl. II S. 402; ABl. MBS S. 426)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 23-5

In-Kraft-Treten: 1. August 1997

- 56-30 Verordnung über die Genehmigung wissenschaftlicher Untersuchungen an Schulen

(Wissenschaftliche Untersuchungen Verordnung - WissUV)

vom 11. Dezember 1997

(GVBl. II 1998 S. 118)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5530-2

In-Kraft-Treten: 27. Februar 1998

A.I.3. Verordnungen aufgrund des Bbg. Lehrerbildungsgesetzes

71 Lehramtsstudium

- 71-10 Ordnung der Ersten Staatsprüfungen für Lehrämter an Schulen

(Lehramtsprüfungsordnung - LPO) [neu]

vom 31. Juli 2001

(GVBl. II S. 494; ABl. MBS S. 411)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5532-6

In-Kraft-Treten: 1. August 2001

72 Vorbereitungsdienst

- 72-10 Ordnung des Vorbereitungsdienstes und der Zweiten Staatsprüfung für Lehrämter an Schulen

(Ordnung für den Vorbereitungsdienst - OVP)

vom 31. Juli 2001

(GVBl. II S. 509; ABl. MBS S. 426)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5532-10

In-Kraft-Treten: 1. August 2001

A.I.4. Verordnungen aufgrund des Landesbeamtengesetzes

78 Anerkennung von Abschlüssen

- 78-40 Verordnung zur Richtlinie 89/48/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 über eine allgemeine Regelung zur

Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen, für die Lehrämter

(EG-Lehramtsanerkennungsverordnung –EGLeV)

vom 1. Februar 1998

(GVBl. II S. 128; ABl. MBS: ohne)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5532-8

In-Kraft-Treten: 27. Februar 1998

81 Beamtenrecht

- 81-12 Verordnung über die beamtenrechtlichen Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport

(Beamtenzuständigkeitsverordnung MBS – BZV MBS)

vom 15. August 2002

(GVBl. II S. 552; ABl. MBS S. 607)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 210-16

In-Kraft-Treten: 1. August 2001

Änderungen:

- Erste Verordnung zur Änderung der Beamtenzuständigkeitsverordnung MBS vom 14. Oktober 2003
(AbI. MBS S. 379)
In-Kraft-Treten: 21.11.2003

- 81-40 Verordnung zur Übertragung von Zuständigkeiten für den Erlass von Widerspruchsbescheiden und für die Vertretung von Klagen aus dem Beamtenverhältnis im Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport

(Widerspruchszuständigkeitsverordnung MBS – WiZVM-BJS)

vom 18. November 2001

(GVBl. II S. 630; ABl. MBS S. 555)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 210-25

In-Kraft-Treten: 15. Dezember 2001

82 Laufbahnrecht

- 82-20 Verordnung über die Laufbahnen der Beamten des Schul- und Schulaufsichtsdienstes des Landes Brandenburg

(Schullaufbahnverordnung – SchullVO)

vom 24. Juni 1999

(GVBl. II S. 378; ABl. MBS S. 274)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 210-53

In-Kraft-Treten: 16. Juli 1999

A.II. Verordnungen Bereich Weiterbildung

- -- Verordnung zur Grundversorgung und Förderung nach dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz

(Weiterbildungsverordnung - WBV)

vom 24. November 2003

(GVBl. II S. 682; ABl. MBS S. 379)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5534-4

In-Kraft-Treten: 12. Dezember 2003

-- -- Verordnung über die Anerkennung von Weiterbildungsveranstaltungen zur Bildungsfreistellung nach dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz

(Bildungsfreistellungsverordnung - BFV)

vom 22. November 1995

(GVBl. II S. 686; ABl. MBS S. 552)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5534-6

In-Kraft-Treten: 12. Dezember 1995

Änderungen:

- *Inhaltsverzeichnis, §§ 1, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 geändert, Anlagen aufgehoben durch*

Erste Verordnung zur Änderung der Bildungsfreistellungsverordnung vom 9. November 2000

(GVBl. II S. 410; ABl. MBS S. 450)

In-Kraft-Treten: 1. Dezember 2000

A.III. Verordnungen Geschäftsbereich Jugend

-- -- Verordnung über die Anzahl und Qualifikation des notwendigen pädagogischen Personals in Kindertagesstätten

(Kita - Personalverordnung – KitaPersV)

vom 27. April 1993

(GVBl. II S. 212; ABl. MBS S. 195)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5103-4

In-Kraft-Treten: 19. Mai 1993

Änderungen:

- 3. Verordnung zur Änderung der Kita-Personalverordnung vom 22. Januar 2001

(GVBl. II S. 24)

In-Kraft-Treten: 17. Februar 2001

-- -- Verordnung über die Gleichstellung von Ausbildungsabschlüssen und die ergänzende Qualifizierung zum Erwerb der staatlichen Anerkennung als Erzieherin oder Erzieher

(Erzieheranerkenntungsverordnung – ErzankV)

vom 22. Dezember 1993

(GVBl. II 1994 S. 14)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 806-5

In-Kraft-Treten: 1. Dezember 1993

Änderungen:

- Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Gleichstellung von Ausbildungsabschlüssen und die ergänzende Qualifizierung zum Erwerb der staatlichen Anerkennung als Erzieherin oder Erzieher (ErzankÄV) vom 23. November 1994

(GVBl. II S. 974)

In-Kraft-Treten: 7. Dezember 1994

-- -- Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Jugendschutzgesetz und dem Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften

(JöSchG-GJS-ZV)

vom 27. Oktober 1994

(GVBl. II S. 968; ABl. MBS S. 943)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5101-1

In-Kraft-Treten: 25. November 1994

-- -- **Verordnung zur Durchführung des Unterhaltsvorschussgesetzes**

vom 3. August 1992

(GVBl. II S. 480)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 400-6

In-Kraft-Treten: 1. Januar 1992

Änderungen:

- Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Unterhaltsvorschussgesetzes vom 11. März 1995

(GVBl. II S. 302)

In-Kraft-Treten: 24. März 1995

-- -- **Verordnung zur Aberkennung der Stellung als örtlicher Träger der Jugendhilfe**

vom 25. März 1999

(GVBl. II S. 246; ABl. MBS S. 199)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5102-2

In-Kraft-Treten: 1. April 1999

-- -- **Verordnung zur Aberkennung der Stellung als örtlicher Träger der Jugendhilfe**

vom 4. August 1999

(GVBl. II S. 471)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5102-4

In-Kraft-Treten: 01. Oktober 1999

-- -- **Verordnung über die Durchführung des Brandenburgischen Sozialberufsgesetz für soziale Berufe in Berufsfeldern im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und Änderung der Verordnung zur Übertragung der Zuständigkeit für die Durchführung des Gesetzes über die staatliche Anerkennung und die Weiterbildung in sozialen Berufen sowie die Altenpflegeausbildung an Fachseminaren im Land Brandenburg**

vom 29. Mai 2000

(GVBl. II S. 184; ABl. MBS S. 225 – Berichtigung S. 251)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 806-12

In-Kraft-Treten: 29. Mai 2000

Vorstehende enthält als Artikel 1:

Verordnung über die Durchführung des Brandenburgischen Sozialberufsgesetz für soziale Berufe in Berufsfeldern im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe (**Soziale Berufe - Durchführungsvordnung - SozDurchV**)

vom 29. Mai 2000

(GVBl. II S. 184; ABl. MBS S. 225 – Berichtigung S. 251)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 806-12

In-Kraft-Treten: 29. Mai 2000

-- -- Verordnung über die Anerkennungsfähigkeit der Bestandteile von Betriebskosten und das Verfahren der Bezuschussung gemäß § 16 Abs. 2 und 5 des Kindertagesstättengesetz sowie die Meldung von Art, Umfang und Kosten der Tagesbetreuungsangebote als Nachweis der Verwendung der Zuschüsse gemäß § 16 Abs. 5 und § 16a des Kindertagesstättengesetz

(Kindertagesstätten-Betriebskosten- und Nachweisverordnung - KitaBKNV)

vom 22. Januar 2001

(GVBl. II S. 19; ABl. MBS S. 143)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): 5103-3

In-Kraft-Treten: 1. Januar 2001

-- -- Verordnung über die Eignung des Angebotes von Tagespflege, insbesondere die Qualifikation der Tagespflegeperson und die räumlichen Voraussetzungen

(Tagespflegeeignungsverordnung – TagpflEV)

vom 22. Januar 2001

(GVBl. II. S. 21; ABl. MBS S. 145)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): **5103-5**

In-Kraft-Treten: 1. Januar 2001

-- -- Verordnung über die Schiedsstelle des Landes Brandenburg nach § 78g des Achten Buches Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfe

(Schiedsstellenverordnung SGB VIII - SchStVSGB VIII)

vom 11. März 1999

(GVBl. II S. 252)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): **5102-3**

In-Kraft-Treten: 1. März 1999

A.IV. Verordnungen Geschäftsbereich Sport

[leer]

A.V. Verordnungen aufgrund anderer Gesetze

-- -- Gebührenordnung des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (GebO MBS)

vom 5. Juni 1999

(GVBl. II S. 398; ABl. MBS S. 450)

Fundstellenverzeichnis (MdJE): **203-17**

In-Kraft-Treten: 29. Juli 1999

B. Verwaltungsvorschriften

B.I.1. Verwaltungsvorschriften Bereiche Schule, ZBW, Lehrkräfte¹

14 Mitwirkung

14-90 Verwaltungsvorschriften über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Landesgremien zur Schulmitwirkung

(VV - Entschädigung der Landesgremien - VV-EntschGr)

vom 30. Juni 1997

(ABl. MBS 1998 S. 109)

In-Kraft-Treten: 1. Juli 1997

21 Sekundarstufe I

21-31 **Verwaltungsvorschriften über die Information der Eltern über Ziele, Inhalte und Formen des Unterrichts in Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde und über die Befreiung vom Unterricht im Fach Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde**

vom 7. Juni 1996

(ABl. MBS S. 430)

In-Kraft-Treten: 1. August 1996

22 Gymnasiale Oberstufe

22-12 Verwaltungsvorschriften über Einheitliche Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung

(VV - Einheitliche Prüfungsanforderungen – VV-EPA)

vom 1. Juni 2003

(ABl. MBS, Nr. 6, S. 156)

In-Kraft-Treten: 1. August 2002

22-14 Verwaltungsvorschriften über Termine und Fristen für das Abitur 2004 in der gymnasialen Oberstufe

(VV - Abiturtermine 2004 GOST)

vom 16. April 2003

(ABl. MBS, Nr. 5, S. 130)

In-Kraft-Treten: 1. August 2003

Außer-Kraft-Treten: 31. Juli 2004

22-20 Verwaltungsvorschriften zur Gymnasiale – Oberstufe-Verordnung

(VV-GOSTV)

vom 1. März 2002

(ABl. MBS, Nr. 5, S. 148)

In-Kraft-Treten: 1. August 2002

Änderungen:

- Verwaltungsvorschriften zur Änderung der VV-GOSTV vom 26. September 2003

(ABl. MBS, Nr. 10, S. 334)

In-Kraft-Treten: 1. August 2003

Außer-Kraft-Treten: 31. Juli 2007

Hinweis:

Die Verwaltungsvorschriften zur Gymnasiale - Oberstufe - Verordnung (VV-GOSTV) vom 8. Dezember 1997 (ABl. MBS S. 922; LINK-Sammlung Nr. 22-11) sind für Schülerinnen und Schüler gemäß § 39 Abs. 1 GOSTV 2002 bis 31. Juli 2004 auslaufend anzuwenden.

23 Berufliche Bildungsgänge

23-11 Verwaltungsvorschriften zu Studentafeln für den Bildungsgang zur Vermittlung des schulischen Teils einer Berufsausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz oder der Handwerksordnung

(VV - Studentafeln Berufsschule - VV StdTBS)

vom 19. Juni 1997

(ABl. MBS S. 446)

In-Kraft-Treten: 1. August 1997

Änderungen:

- Erste Verwaltungsvorschriften zur Änderung der VV-Studentafeln Berufsschule

vom 12. Juni 1998

(ABl. MBS S. 447)

In-Kraft-Treten: 1. August 1998

- Zweite Verwaltungsvorschriften zur Änderung der VV-Studentafeln Berufsschule

vom 8. Februar 1999

(ABl. MBS S. 163)

In-Kraft-Treten: 1. Februar 1999

¹ Richtlinien stehen im Abschnitt B.I.2. gesondert.

- Dritte Verwaltungsvorschriften zur Änderung der VV-Studentafeln Berufsschule vom 15. September 1999
(ABl. MBS S. 517)
In-Kraft-Treten: 1. August 1999
- Vierte Verwaltungsvorschriften zur Änderung der VV-Studentafeln Berufsschule vom 6. Juli 2000
(ABl. MBS S. 254)
In-Kraft-Treten: 1. August 2000
- Fünfte Verwaltungsvorschriften zur Änderung der VV-Studentafeln Berufsschule vom 20. November 2001
(ABl. MBS S. 555)
In-Kraft-Treten: 1. August 2001
- 6. Änderung der VV - Studentafeln Berufsschule - 6. ÄVVStdBS vom 5. Februar 2003
(ABl. MBS, Nr. 3, S. 22)
In-Kraft-Treten: 1. August 2002

23-73 Verwaltungsvorschriften über Prüfungskoordinatoren an Fachschulen und Berufsfachschulen für soziale Berufe
(VV - Prüfungskoordinatoren Fachschulen)
vom 28. Juni 1994
(ABl. MBS S. 763)
In-Kraft-Treten: 1. August 1994

25 Sonderpädagogische Förderung

25-12 Verwaltungsvorschriften über die Arbeit der sonderpädagogischen Förder- und Beratungsstellen
(VV-SpFB)
vom 5. Juli 2003
(ABl. MBS, Nr. 5, S. 228)
In-Kraft-Treten: 1. August 2003
Außer-Kraft-Treten: 31. Juli 2008

25-13 Verwaltungsvorschriften für den Unterricht für Schülerinnen und Schüler mit Beeinträchtigungen im Bereich der geistigen Entwicklung
(VV - Gei-Etw)
vom 9. Mai 2003
(ABl. MBS Nr. 6, S. 154)
In-Kraft-Treten: 1. August 2003
Außer-Kraft-Treten: 31. Juli 2008

25-15 Verwaltungsvorschriften über die Tätigkeit der Förderausschüsse und das Feststellungsverfahren für den sonderpädagogischen Förderbedarf
(VV - Feststellungsverfahren - VVFestst)
vom 9. November 1998
(ABl. MBS S. 586)
In-Kraft-Treten: 1. Januar 1999

25-21 Verwaltungsvorschriften über die Förderung sprachauffälliger Kinder in der Grundschule
(VV - sprachauffällige Kinder - VVsprachKi)
vom 24. März 2001
(ABl. MBS S. 166)
In-Kraft-Treten: 1. Mai 2001
Außer-Kraft-Treten: 20. April 2006

25-25 Verwaltungsvorschriften über die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit einer Lese- und Rechtschreib-Schwierigkeit (LRS)

(VV-LRS)
vom 30. Juni 2001
(ABl. MBS S. 302)
In-Kraft-Treten: 1. Juli 2001
Außer-Kraft-Treten: 30. Juni 2006

26 Zweiter Bildungsweg

26-11 Verwaltungsvorschriften zu § 17 Abs. 6 bis 10 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung Zweiter Bildungsweg
(VV - Fachoberschulreife ZBW)
vom 22. März 1994
(ABl. MBS S. 333)
In-Kraft-Treten: 1. Januar 1994

26-14 **Verwaltungsvorschriften über Termine und Fristen für Prüfungen im Jahr 2004 im Zweiten Bildungsweg**
(VV - Prüfungen 2004 ZBW)
vom 4. April 2003
(ABl. MBS, Nr. 5, S. 128)
In-Kraft-Treten: 1. August 2003
Außer-Kraft-Treten: 31. August 2004

26-22 Verwaltungsvorschriften für das Telekolleg ab Herbst 2002
(VV - Telekolleg 2002)
vom 27. November 2002
(ABl. MBS, Nr. 15, S. 774)
In-Kraft-Treten: 1. August 2002
Außer-Kraft-Treten: 29. Februar 2004

26-22 Verwaltungsvorschriften für das Telekolleg ab Frühjahr 2004
(VV - Telekolleg 2004)
vom 9. Januar 2004
(ABl. MBS, Nr. 3, S. 59)
In-Kraft-Treten: 1. November 2003
Außer-Kraft-Treten: 31. Juli 2005

30 Unterrichtsinhalte

30-10 Verwaltungsvorschriften über Rahmenlehrpläne an den Schulen des Landes Brandenburg
(VV - Rahmenlehrplan - VVRLP)
vom 13. August 2002
(ABl. MBS, Nr. 12, S. 548)
In-Kraft-Treten: 1. August 2002
Änderungen:
- Erste Verwaltungsvorschriften zur Änderung der Verwaltungsvorschriften über Rahmenlehrpläne an den Schulen des Landes Brandenburg vom 15. Oktober 2002
(ABl. MBS, Nr. 13, S. 625)
In-Kraft-Treten: 1. Oktober 2002
- Zweite Verwaltungsvorschriften zur Änderung der Verwaltungsvorschriften über Rahmenlehrpläne an den Schulen des Landes Brandenburg vom 22. Januar 2004

(ABl. MBS, Nr. 4, S. 74)

In-Kraft-Treten: 1. August 2003

- 30-29 Verwaltungsvorschriften über verbindliche curriculare Vorgaben für den Unterricht in der Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe

(VV - curriculare Vorgaben GOST – VVcuVoGOST)

vom 16. Januar 2003

(ABl. MBS, Nr. 1, S. 10)

In-Kraft-Treten: 1. August 2003

31 Unterrichtsorganisation

- 31-10 Verwaltungsvorschriften über die Unterrichtsorganisation im Schuljahr 2003/2004

(VV - Unterrichtsorganisation 2003/2004)

vom 9. März 2003

(ABl. MBS, Nr. 4, S. 75)

In-Kraft-Treten: 1. August 2003

Berichtigung in ABl. MBS Nr. 6, S. 158

Außer-Kraft-Treten: 31. Juli 2004

- 31-32 Verwaltungsvorschriften über die Durchführung von Unterricht für kranke Schülerinnen und Schüler

(VV - Kranke Schüler - VVKraSchül)

vom 5. August 1999

(ABl. MBS S. 471)

In-Kraft-Treten: 11. September 1999

Änderungen:

- Erste Verwaltungsvorschriften zur Änderung der VV-Kranke Schüler

vom 18. Juni 2001

(ABl. MBS S. 250)

In-Kraft-Treten: 1. August 2001

- 31-51 Verwaltungsvorschriften über Ganztagsangebote an allgemein bildenden Schulen

(VV-Ganztage)

vom 26. Februar 2004

(ABl. MBS S. 134)

In-Kraft-Treten: 1. Januar 2004

Außer-Kraft-Treten: 31. Dezember 2008

33 Schulische Veranstaltungen

- 33-10 Verwaltungsvorschriften über schulische Veranstaltungen außerhalb von Schulen

(VV - Schulfahrten - VV-Schulf)

vom 31. Juli 1999

(ABl. MBS S. 465)

In-Kraft-Treten: 1. August 1999

Außer-Kraft-Treten: 31. Juli 2004

- 33-21 Verwaltungsvorschriften über die Durchführung von Schülerbetriebspraktika

(VV - Schülerbetriebspraktika)

vom 4. September 1995

(ABl. MBS S. 502)

In-Kraft-Treten: 1. August 1995

40 Schulpflicht

- 40-20 Verwaltungsvorschriften zum Verfahren des Schulbesuchs im Land Berlin und zur Aufnahme von Schülerinnen und Schülern aus dem Land Berlin

(VV - Gastschülerverfahren - VV-Gast)

vom 18. Februar 2000

(ABl. MBS S. 128)

In-Kraft-Treten: 10. Februar 2000

42 Schulverhältnis

- 42-20 Verwaltungsvorschriften zu Vergleichsarbeiten

(VV - Vergleichsarbeiten - VVVgl)

vom 15. November 2001

(ABl. MBS S. 533)

In-Kraft-Treten: 1. November 2001

Außer-Kraft-Treten: 31. Juli 2006

- 42-31 Verwaltungsvorschriften zu Informationen über das Arbeits- und Sozialverhalten in den Jahrgangsstufen 3 bis 10

(VV - Arbeits- und Sozialverhalten - VVArbSoz)

vom 17. April 2000

(ABl. MBS S. 202)

In-Kraft-Treten: 1. August 2000

Änderungen:

- Erste Verwaltungsvorschriften zur Änderung der VV-Arbeits- und Sozialverhalten

vom 26. März 2001

(ABl. MBS S. 167)

In-Kraft-Treten: 26. März 2001

- Zweite Verwaltungsvorschriften zur Änderung der VV-Arbeits- und Sozialverhalten

vom 5. September 2003

(ABl. MBS, Nr. 9, S. 268)

In-Kraft-Treten: 1. Juli 2003

Außer-Kraft-Treten: 31. Juli 2004

- 42-40 Verwaltungsvorschriften über schulische Zeugnisse

(VV - Zeugnisse - VVZeug)

vom 1. Dezember 1997

(ABl. MBS S. 954)

In-Kraft-Treten: 1. Dezember 1997

Änderungen:

- Erste Verwaltungsvorschriften zur Änderung der VV-Zeugnisse vom 11. Dezember 1998

(ABl. MBS S. 641)

In-Kraft-Treten: 1. Dezember 1998

- Zweite Verwaltungsvorschriften zur Änderung der VV-Zeugnisse vom 31. Oktober 2001

(ABl. MBS S. 514)

In-Kraft-Treten: 1. Dezember 2001

- Dritte Verwaltungsvorschriften zur Änderung der VV-Zeugnisse vom 11. November 2002

(ABl. MBS, Nr. 14, S. 646)

In-Kraft-Treten: 1. Dezember 2002

- Vierte Verwaltungsvorschriften zur Änderung der VV-Zeugnisse

vom 25. November 2003

(ABl. MBS, Nr. 12, S. 406)
In-Kraft-Treten: 1. Dezember 2003

(ABl. MBS 2002, Nr. 1, S. 2)
In-Kraft-Treten: 1. August 2001

43 Schülerunterlagen

43-10 Verwaltungsvorschriften über Akten an Schulen im Land Brandenburg
(VV - Schulakten)
vom 14. Mai 1997
(ABl. MBS S. 442)
In-Kraft-Treten: 1. August 1997

44 Aufsicht, Erziehung, Ordnung

44-21 Verwaltungsvorschriften über die Wahrnehmung der Fürsorge- und Aufsichtspflicht im schulischen
(VV - Aufsicht - VVAUFs)
vom 8. Juli 1996
(ABl. MBS S. 554)
In-Kraft-Treten: 1. August 1996
Änderungen:
- Erste Verwaltungsvorschriften zur Änderung der VV-Aufsicht
vom 10. Februar 2000
(ABl. MBS S. 127)
In-Kraft-Treten: 11. April 2000
- Zweite Verwaltungsvorschriften zur Änderung der VV-Aufsicht
vom 3. Januar 2002
(ABl. MBS, Nr. 1, S. 11)
In-Kraft-Treten: 1. Januar 2002

45 Schulbetrieb

45-10 Verwaltungsvorschriften über die Organisation der Schulen in inneren und äußeren Schulangelegenheiten
(VV - Schulbetrieb - VVSchulB)
vom 1. Dezember 1997
(ABl. MBS S. 894)
In-Kraft-Treten: 1. Februar 1998
Änderungen:
- Erste Verwaltungsvorschriften zur Änderung der VV-Schulbetrieb
vom 11. Februar 1998
(ABl. MBS S. 111)
In-Kraft-Treten: 19. März 1998
- Zweite Verwaltungsvorschriften zur Änderung der VV-Schulbetrieb
vom 15. Juni 1999
(ABl. MBS S. 258)
In-Kraft-Treten: 1. August 1999
- Dritte Verwaltungsvorschriften zur Änderung der VV-Schulbetrieb
vom 27. Dezember 2000
(ABl. MBS 2001 S. 2)
In-Kraft-Treten: 1. Februar 2001
- Vierte Verwaltungsvorschriften zur Änderung der VV-Schulbetrieb
vom 30. November 2001

46 Unfallverhütung und Haftung

46-34 Verwaltungsvorschriften über den Strahlenschutz in Schulen
(VV - Strahlenschutz – VV Strl)
vom 9. Januar 2004
(ABl. MBS, Nr. 1, S. 2)
In-Kraft-Treten: 1. Januar 2004
Außer-Kraft-Treten: 1. Januar 2009

47 Schülerlotsen, Sicherheit im Verkehr

47-10 Verwaltungsvorschriften über den Einsatz von Schülerinnen und Schülern als Schülerlotsen
(VV - Schülerlotsen)
vom 13. Juli 1992
(ABl. MBS S. 447)
In-Kraft-Treten: 1. August 1992

48 Schulpsychologische Beratung, Sozialarbeit an Schulen

48-10 Verwaltungsvorschriften über die schulpsychologische Beratung
(VV - Schulpsychologische Beratung - VVpsyBer)
vom 22. März 2000
(ABl. MBS S. 160)
In-Kraft-Treten: 1. Mai 2000
Außer-Kraft-Treten: 30. April 2005

51 Schulaufsicht

51-15 Verwaltungsvorschriften über Planungsberater an Oberstufenzentren im Land Brandenburg
(VV - Planungsberater - VVPlaBer)
vom 4. April 1995
(ABl. MBS S. 287)
In-Kraft-Treten: 1. Mai 1995
51-17 Verwaltungsvorschriften zur Gewährleistung eines einheitlichen Verwaltungshandelns und Erscheinungsbildes im Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport
(VV - Verwaltungshandeln)
vom 5. April 2002
(ABl. MBS, Nr. 6, S. 244)
In-Kraft-Treten: 5. April 2002
51-20 Verwaltungsvorschriften über die Gliederung und Aufgaben des regional zuständigen staatlichen Schulamtes
(Rahmengeschäftsordnung Staatliches Schulamt – RGOST-SchA)
vom 31. März 2002
(ABl. MBS, Nr. 6, S. 203)
In-Kraft-Treten: 1. Januar 2002
Außer-Kraft-Treten: 31. Dezember 2007

70 Grundlagen der Lehrerbildung

70-21 Verwaltungsvorschriften zu § 21 Abs. 2 Brandenburgisches Lehrerbildungsgesetz

(VV - Zuordnung Lehramtsbefähigungen - VV-ZuLeh)

vom 15. Dezember 1999

(ABl. MBS S. 575)

In-Kraft-Treten: 1. Januar 2000

71 Lehramtsstudium

71-20 Verwaltungsvorschriften zu § 44 Abs. 4 der Lehramtsprüfungsordnung über die Zulassung des Faches Vermessungstechnik

(VV - Zulassung Vermessungstechnik - VV-ZulMeßte)

vom 5. August 1997

(ABl. MBS S. 745)

In-Kraft-Treten: 1. September 1997

71-21 Verwaltungsvorschriften über die Zulassung anderer Unterrichtsfächer als Prüfungsfächer zur Ersten Staatsprüfung

(VV - Prüfungsfächer Erste Staatsprüfung - VV-PFESP)

vom 30. Juli 1997

(ABl. MBS S. 445)

In-Kraft-Treten: 1. Juli 1996

71-22 Verwaltungsvorschriften zur Anerkennung anderer beruflicher Fachrichtungen für das Lehramt für die Sekundarstufe II

(VV - Anerkennung berufliche Fachrichtungen - VV-AnerFa)

vom 21. Januar 1999

(ABl. MBS S. 102)

In-Kraft-Treten: 1. Januar 1999

71-23 Verwaltungsvorschriften über andere Verbindungen von Fächern im Rahmen der Weiterbildung

(VV - Fächerverbindung - VV-FäBin)

vom 21. Januar 1999

(ABl. MBS S. 162)

In-Kraft-Treten: 1. Januar 1999

71-30 Verwaltungsvorschriften zur Festlegung fächerspezifischer Prüfungsvoraussetzungen für Erste Staatsprüfungen für ein Lehramt

(VV - Lehramtsfächerspezifische Voraussetzungen - VV-LeFäPrüf)

vom 15. April 1998

(ABl. MBS S. 278)

In-Kraft-Treten: 1. April 1998

71-40 Verwaltungsvorschriften über die Beteiligung der Schulen an den schulpraktischen Studien für ein Lehramt während des Studiums

(VV - schulpraktische Studien)

vom 12. Februar 2003

(ABl. MBS, Nr. 4, S. 74)

In-Kraft-Treten: 1. September 2003

Außer-Kraft-Treten: 31. August 2007

71- -- Verwaltungsvorschriften über die Zulassung zum Vorbereitungsdienst für ein Lehramt

(VV - Zulassung Vorbereitungsdienst)

vom 1. Dezember 1992

(ABl. MBS S. 590)

In-Kraft-Treten: 1. Dezember 1992

72-30 Verwaltungsvorschriften zur berufsbegleitenden Teilnahme am Vorbereitungsdienst

(VV - berufsbegleitender Vorbereitungsdienst - VV-bbgVor)

vom 5. Oktober 2000

(ABl. MBS S. 380)

In-Kraft-Treten: 5. Oktober 2000

76 Weiterbildung des pädagogischen Personals

76-10 Verwaltungsvorschriften über Informationspraktika für Lehrkräfte an Oberstufenzentren

(VV - Informationspraktika - VV-Infpr)

vom 28. Juni 2002

(ABl. MBS, Nr. 7, S. 292,

Anlage 1 berichtigt: ABl. MBS, Nr. 9, S. 391)

In-Kraft-Treten: 1. August 2002

78 Anerkennung von Abschlüssen des pädagogischen Personals

78-20 Verwaltungsvorschriften zur Gleichstellung von Hochschulprüfungen mit der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt für die Sekundarstufe II (berufliche Bildung)

(VV - Gleichstellung 1. Staatsprüfung)

vom 30. September 1993

(ABl. MBS S. 383)

In-Kraft-Treten: 1. August 1993

Änderungen:

- Erste Verwaltungsvorschriften zur Änderung der VV -Gleichstellung 1. Staatsprüfung

vom 5. September 1997

(ABl. MBS S. 748)

In-Kraft-Treten: 1. August 1997

78-30 Verwaltungsvorschriften über die Anerkennung von Lehramtsprüfungen in Religionslehre

(VV - Anerkennung Religionslehre - VV-ANREL)

vom 30. Juni 1996

(ABl. MBS S. 383)

In-Kraft-Treten: 1. Juli 1996

Änderungen:

- Erste Verwaltungsvorschriften zur Änderung der VV -Anerkennung Religionslehre vom 18. März 1999

vom 18. März 1999

(ABl. MBS S. 181)

In-Kraft-Treten: 1. April 1999

85 Allgemeine dienstrechtliche Regelungen

85-10 Verwaltungsvorschriften zur Arbeitszeit der Lehrkräfte

(VV - Arbeitszeit-Lehrkräfte)

vom 29. August 2001

(ABl. MBS S. 437)

In-Kraft-Treten: 1. August 2001

Änderungen:

- Erste Verwaltungsvorschriften zur Änderung der Verwaltungsvorschriften zur Arbeitszeit der Lehrkräfte vom 27. August 2002
(ABl. MBS, Nr. 12, S. 560)
In-Kraft-Treten: 1. August 2002
- Änderung durch Nummer 7 Abs. 2 Buchst. a der VV Dienstvorgesetztenaufgaben-Übertragung vom 18. September 2002
(ABl. MBS, Nr. 13, S. 624)
In-Kraft-Treten: 1. Oktober 2002

85-20 Verwaltungsvorschriften zu Anrechnungstunden der Lehrkräfte (VV - Anrechnungstunden – VV-AnrStd)

vom 7. Juli 2002

(ABl. MBS, Nr. 12, S. 546)

In-Kraft-Treten: 1. August 2002

85-30 **Verwaltungsvorschriften über die Gewährung von Vergütungen für Honorarkräfte im Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport**

(VV - Honorare - VV-Hon)

vom 25. August 1995

(ABl. MBS S. 499)

In-Kraft-Treten: 25. August 1995

85-40 Verwaltungsvorschriften zur Übertragung einzelner Aufgaben der oder des Dienstvorgesetzten der Lehrkräfte und des sonstigen pädagogischen Personals der Schulen auf Schulleiterinnen und Schulleiter

(VV - Dienstvorgesetztenaufgaben-Übertragung – DAÜVV)
vom 30. August 2003

(ABl. MBS, Nr. 9, S. 267)

In-Kraft-Treten: 1. September 2003

Außer-Kraft-Treten: 30. September 2007

B.I.2. Richtlinien für die Bereiche Schule, ZBW, Lehrerbildung

31 Unterrichtsorganisation

31-52 Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionsmaßnahmen zur Umsetzung des Investitionsprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“ 2003 – 2007 im Land Brandenburg

(RL Zukunft Bildung und Betreuung)

vom 9. September 2003

(ABl. MBS, Nr. 9, S. 271)

In-Kraft-Treten: 1. Juli 2003

Änderungen:

- Erste Richtlinien zur Änderung der RL Zukunft Bildung und Betreuung (1ÄRLZuBB) vom 19. Dezember 2003
(ABl. MBS 2004, Nr. 3, S. 59)
In-Kraft-Treten: 1. Juli 2003
Außer-Kraft-Treten: 30. Juni 2005

31-53 Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Selbsthilfeprojekten zur Umsetzung des Investitionsprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“ 2003 – 2007 im Land Brandenburg

(RL Zukunft Bildung und Betreuung - Selbsthilfe)

vom 9. September 2003

(ABl. MBS, Nr. 9, S. 281)

In-Kraft-Treten: 1. Juli 2003

Außer-Kraft-Treten: 30. Juni 2005

Änderungen:

- Erste Richtlinien zur Änderung der RL Zukunft Bildung und Betreuung Selbsthilfe (1ÄRLZuBBS) vom 19. Dezember 2003
(ABl. MBS 2004, Nr. 3, S. 60)
In-Kraft-Treten: 1. Juli 2003

33 Schulische Veranstaltungen

33-11 Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des nationalen und internationalen Schüleraustausches

(RL - Schüleraustausch – RLSchA)

vom 28. Februar 2002

(ABl. MBS, Nr. 04, S. 106)

In-Kraft-Treten: 1. Januar 2002

Außer-Kraft-Treten: 31. Dezember 2004

Änderungen:

- Erste Richtlinie zur Änderung der RL - Schüleraustausch vom 28. Oktober 2002
(ABl. MBS, Nr. 13, S. 626)
In-Kraft-Treten: 23. November 2002

33-31 Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Schulsport-Arbeitsgemeinschaften

(SAG's)

vom 15. Oktober 1991

(ABl. MBS 1992, S. 30)

In-Kraft-Treten: 1. Januar 1991

54 Schulfinanzierung

54-22 Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Ausstattungsmaßnahmen an schulischen Einrichtungen mit moderner Informations- und Kommunikationstechnik

(RL - Medienoffensive)

vom 1. Juli 2000

(ABl. MBS S. 265)

In-Kraft-Treten: 1. Juli 2000

Änderungen:

- Erste Richtlinie zur Änderung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Ausstattungsmaßnahmen an schulischen Einrichtungen mit moderner Informations- und Kommunikationstechnik vom 30. September 2002
(ABl. MBS, Nr. 13, S. 625)

In-Kraft-Treten: 1. Juli 2002
 Außer-Kraft-Treten: 31. Dezember 2006

85 Allgemeine dienstrechtliche Regelungen

85-31 **Vergütungsrichtlinie für geringfügig Beschäftigte im Schuldienst des Landes Brandenburg, die nicht unter den Geltungsbereich des BAT-O fallen**

vom 4. Dezember 1999

(ABl. MBS S. 610)

In-Kraft-Treten: 1. November 1999

B.II.1. Geltende Verwaltungsvorschriften Bereich Weiterbildung

-- -- Verwaltungsvorschriften über die Anerkennung von Einrichtungen und Landesorganisationen nach dem Gesetz zur Regelung und Förderung der Weiterbildung im Land Brandenburg

(VV - Anerkennung BbgWBG)

vom 21. April 1994

(ABl. MBS S. 399)

In-Kraft-Treten: 1. Januar 1994

-- -- Verwaltungsvorschriften über die Inhalte der Weiterbildung gemäß § 2 Abs. 3 des Brandenburgischen Weiterbildungsgesetzes

(VV - Inhalte BbgWBG)

vom 1. November 1994

(ABl. MBS 1995 S. 2)

In-Kraft-Treten: 1. Januar 1994

-- -- Verwaltungsvorschriften über den Landesbeirat für Weiterbildung

(VV - Landesbeirat BbgWBG)

vom 29. Juni 1995

(ABl. MBS S. 406)

In-Kraft-Treten: 29. Juni 1995

-- -- Verwaltungsvorschriften über die Erstattung von Reisekosten der Mitglieder des Landesbeirates für Weiterbildung nach dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz

(VV - Reisekosten Landesbeirat für Weiterbildung)

vom 29. Juni 1995

(ABl. MBS S. 407)

In-Kraft-Treten: 1. Juli 1995

B.II.2. Richtlinien Bereich Weiterbildung

-- -- Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Grundversorgung nach dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz

(FörGrv-BbgWBG)

vom 28. November 2003

(ABl. MBS, Nr. 11, S. 382)

In-Kraft-Treten: 1. Januar 2004

Außer-Kraft-Treten: 31. Dezember 2005

-- -- Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Veranstaltungen von Heimbildungsstätten gemäß § 24 des Brandenburgischen Weiterbildungsgesetzes

(FörHbs-BbgWBG)

vom 2. September 2003

(ABl. MBS, Nr. 9, S. 270)

In-Kraft-Treten: 1. Januar 2003

Außer-Kraft-Treten: 31. Dezember 2004

-- -- Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Modellvorhaben mit aktueller Schwerpunktsetzung nach dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz

(FörMod-BbgWBG)

vom 2. September 2003

(ABl. MBS S. 268)

In-Kraft-Treten: 1. Januar 2004

Außer-Kraft-Treten: 31. Dezember 2005

-- -- Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Landesorganisationen nach dem brandenburgischen Weiterbildungsgesetz

(FörLa-BbgWBG)

vom 28. November 2003

(ABl. MBS, Nr. 11, S. 381)

In-Kraft-Treten: 1. Januar 2004

Außer-Kraft-Treten: 31. Dezember 2005

B.III.1. Richtlinien Geschäftsbereich Jugend

-- -- Richtlinie des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport zur Förderung der Qualifizierung von Lehrkräften und Beschäftigten in der Jugendhilfe sowie zur Förderung der Qualifizierung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Weiterbildung von Erwachsenen

(RL Qualifizierung – RL Quali)

vom 14. Oktober 2003

(ABl. MBS Nr. 11, S. 387)

In-Kraft-Treten: 1. Oktober 2003

Außer-Kraft-Treten: 30. September 2005

-- -- Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Personalkosten von sozialpädagogischen Fachkräften in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit in Brandenburg

vom 13. August 2002

(ABl. MBS Nr. 12, S. 577)

In-Kraft-Treten: 1. August 2002

Außer-Kraft-Treten: 1. Januar 2006

-- -- Richtlinie zur Förderung berufspädagogischer Maßnahmen im Rahmen der Jugendhilfe

(RL berufspädagogische Maßnahmen - RLberpäd)

vom 04. September 2002

(ABl. MBS Nr. 12, S. 584)

In-Kraft-Treten: 1. Januar 2003

Außer-Kraft-Treten: 31. Dezember 2004

-- -- **Gemeinsame Richtlinie des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen, des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport, des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung, des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr und des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur über die Gewährung von Zuwendungen für Strukturanpassungsmaßnahmen nach §§ 272 ff. des Dritten Buches Sozialgesetzbuch**

vom 23. Dezember 2002

(ABl. MBS 2003 Nr. 4, S. 95)

In-Kraft-Treten: 1. Januar 2003

Außer-Kraft-Treten 31. Dezember 2004

-- -- **Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der außerschulischen Bildung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Land Brandenburg**

vom 4. April 2003

(ABl. MBS Nr. 4, S. 99)

In-Kraft-Treten: 1. Januar 2003

Außer-Kraft-Treten: 31. Dezember 2004

Ausschreibung für eine Erweiterung des Modellvorhabens „Stärkung der Selbstständigkeit von Schulen“

Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg erweitert das Modellvorhaben „Stärkung der Selbstständigkeit von Schulen“. Schulen im Land Brandenburg können sich nach Maßgabe der nachfolgenden Projektbeschreibung für eine Teilnahme bewerben.

1. Gesetzliche Grundlagen

Gemäß § 7 Abs. 1 des Brandenburgischen Schulgesetzes bestimmen die Schulen im Rahmen der Rechts- und Verwaltungsvorschriften ihre pädagogische, didaktische, fachliche und organisatorische Tätigkeit selbst. § 7 Abs. 2 gibt den Schulen auf, ihre pädagogischen Ziele und Schwerpunkte festzulegen. Schulen müssen durch interne Evaluation regelmäßig das Erreichen dieser Ziele und Schwerpunkte überprüfen und an den durch die Schulbehörden veranlassten externen Evaluationen teilnehmen. Die Schulträger sollen gemäß § 7 Abs. 4 den Schulen Entscheidungsbefugnisse über die Verwendung von Sachmitteln, die staatlichen Schulämter gemäß § 7 Abs. 5 über die Verwendung von Personalmitteln einräumen. Bei der Einstellung, Umsetzung und Versetzung von Lehrkräften sind die Schulen gemäß § 67 Abs. 1 zu hören. Einzelne Aufgaben der oder des Dienstvorgesetzten sollen gemäß § 71 Abs. 3 auf Schulleiterinnen oder Schulleiter übertragen werden.

Alle notwendigen personalvertretungsrechtlichen Verfahren werden gemäß Mitteilung 30/02 im regulären Verfahren mit dem Lehrerrat der Schule durchgeführt.

2. Ziele

An einer definierten Zahl von Schulen soll erprobt werden, wie über erweiterte Entscheidungsbefugnisse der Schulen die Qualität der schulischen Arbeit verbessert und dadurch insbesondere die Attraktivität der Schule als Lern- und Lebensort für die Schülerinnen und Schüler und die Einbindung ins Gemeinwesen gesteigert werden kann. Dieses soll in folgenden vier Teilbereichen erfolgen:

1. personalrechtliche Befugnisse,
2. Personalmittel und Sachmittel,
3. wirtschaftliche Tätigkeit und Drittmittel
4. Schulverfassung.

Die an dem Modellvorhaben teilnehmenden Schulen sollen in einem Netzwerk zusammenarbeiten. Sie sollen außerschulische Partner, insbesondere Kammern, Berufsverbände und Betriebe sowie Partner aus den Bereichen Jugendhilfe und Sport einbeziehen. Entscheidend wird es auf die Unterstützung durch Schulträger und Schulbehörden einschließlich deren nachgeordneter Einrichtungen ankommen. Deswegen sollen Zielvereinbarungen zwischen dem Ministerium, dem staatlichen Schulamt, dem Schulträger und den teilnehmenden Schulen sowie Kooperationsvereinbarungen zwischen den teilnehmenden Schulen und außerschulischen Partnern geschlossen werden.

3. Grundsätze

3.1. Schulen

Die Zahl der neu aufzunehmenden Schulen wird zunächst auf sechs begrenzt. In Betracht kommen insbesondere Oberstufenzentren oder Schulen der Sekundarstufe I und II, die in der Sekundarstufe I mindestens vierzünftig sind. Wünschenswert ist die Teilnahme von Schulen der Regionalschulämter Perleberg, Frankfurt/Oder und Wünsdorf. Die Schulen müssen ein Schulprogramm haben, das klare Aussagen zur Profilierung der Schule und zum pädagogischen Konzept der Arbeit in der Schule enthält und die Erprobung erweiterter Entscheidungsbefugnisse umfasst. Sie sollen zur Zusammenarbeit mit den anderen Schulen im Modellvorhaben sowie zur internen und externen Evaluation bereit sein. Über den Antrag auf Teilnahme an dem Modellvorhaben muss die Schulkonferenz der Schule gemäß § 91 Abs. 2 des Brandenburgischen Schulgesetzes mit Zustimmung der Mehrheit der von der Konferenz der Lehrkräfte in die Schulkonferenz entsandten Mitglieder entscheiden.

3.2. Staatliches Schulamt

Der Antrag muss von dem zuständigen staatlichen Schulamt befürwortet werden. Das staatliche Schulamt muss bereit sein, Entscheidungsbefugnisse über die Verwendung von Personalmitteln in dem erforderlichen Umfang einzuräumen, den notwendigen Verwaltungsaufwand bei den inneren Schulangelegenheiten zu tra-

gen und die erforderliche fachliche Unterstützung zu gewähren.

3.3. Schulträger

Die Teilnahme an dem Modellvorhaben ist nur im Einvernehmen mit dem Schulträger möglich. Der Schulträger muss bereit sein, Entscheidungsbefugnisse über die Verwendung von Sachmitteln in dem erforderlichen Umfang einzuräumen sowie den notwendigen Verwaltungsaufwand bei den äußeren Schulangelegenheiten zu tragen.

3.4. Dauer

Die Erweiterung des Projektes soll mit dem Schuljahr 2005/2006 beginnen und zwei Jahre dauern.

3.5. Steuerung des Vorhabens

Die Gesamtverantwortung für das Modellvorhaben liegt beim Ministerium für Bildung, Jugend und Sport. Einer Steuerungsgruppe gehören Vertreterinnen und Vertreter des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport, des Pädagogischen Landesinstituts, der beteiligten staatlichen Schulämter und der beteiligten Schulträger. Die Leiterin oder der Leiter der Steuerungsgruppe wird vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport bestellt. Sie oder er berichtet dem Landesschulbeirat regelmäßig über das Modellvorhaben.

4. Teilbereich personalrechtliche Befugnisse

Die nachfolgend beschriebenen Aufgabenübertragungen auf die Schulleiterinnen und Schulleiter ergänzen die bereits zum Schuljahr 2002/2003 mit der Dienstvorgesetztenaufgaben-Übertragungs-VV (DAÜVV) übertragenen Aufgaben und erweitern somit die dienstrechtlichen Befugnisse der Schulleiterinnen und Schulleiter.

Die Personalakten der Lehrkräfte werden weiterhin im staatlichen Schulamt geführt. Um insoweit den Verwaltungsaufwand, der durch die Koordinierung der relevanten Entscheidungen durch die Schulleitung entsteht, möglichst gering zu halten, soll in den zuständigen staatlichen Schulämtern sichergestellt werden, dass nur eine Sachbearbeiterin oder ein Sachbearbeiter für die Personalangelegenheiten des Personalbestandes der Schule zuständig ist.

4.1. Übernahme von Lehrkräften von anderen Schulen, die sich im Personalüberhang befinden

Gegenwärtig ist es regional bedingt notwendig, Lehrkräfte von anderen Schulen oder aus anderen Schulamtsbereichen zu übernehmen. Die am Modellvorhaben beteiligten Schulleitungen erhalten ein erweitertes Mitspracherecht bei der Auswahl des von anderen Schulen oder aus anderen Schulamtsbereichen zu übernehmenden Personals.

4.2. Neueinstellungen von Lehrkräften / Vertragsverlängerungen

Bislang werden die Auswahlentscheidungen für neu einzustellende Lehrkräfte ausnahmslos durch die staatlichen Schulämter getroffen. Gemäß § 67 Abs. 1 Satz 2 BbgSchulG ist die Schulleitung vor jeder Einstellung von Lehrkräften im Hinblick auf die zu übernehmenden Aufgaben lediglich anzuhören. Dadurch können Schulleitungen bislang ihre Vorstellungen über die Anforderungen an eine neu einzustellende Lehrkraft unter Berücksichtigung der eigenen schulischen Profilbildung nur eingeschränkt verwirklichen. Im Rahmen des Modellvorhabens entscheiden die Schulleitungen, wen sie unter Beachtung ihrer eigenen Bedürfnisse einstellen wollen.

4.3. Versetzung/Umsetzung

Die Versetzungs- und Umsetzungsanträge der Lehrkräfte sind bei den Schulleiterinnen und Schulleitern der teilnehmenden Schulen zu stellen. Über die Anträge entscheidet das staatliche Schulamt. Dabei wird sichergestellt, dass in erster Linie die Belange der Schule, insbesondere die pädagogische Kontinuität bei der Entscheidung im Vordergrund steht.

Das Verfahren zum Austausch von Lehrkräften zwischen den Bundesländern und formaler Freigabe nach der KMK-Vereinbarung vom 10. Mai 2001 bleibt hiervon unberührt.

4.4. Ermahnung/Abmahnung/Kündigung

Den Schulleiterinnen und Schulleitern wird die Befugnis übertragen, entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen gegenüber den Lehrkräften der Schule sowohl Ermahnungen als auch Abmahnungen und Kündigungen auszusprechen. Diese Maßnahmen sind entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen vorzubereiten und durchzuführen.

4.5. Bearbeitung von Dienstaufsichtsbeschwerden

Die Schulleiterinnen und Schulleiter bewerten das dienstliche Leistungsvermögen der Lehrkräfte im Rahmen der Dienstlichen Beurteilungen. Dem entsprechend besitzt die Schulleiterin oder der Schulleiter auch die Kompetenz gegenüber außenstehenden Personen im Rahmen einer Dienstaufsichtsbeschwerde auf ein eventuelles Fehlverhalten der Lehrkraft zu reagieren. Aus diesem Grund wird auch die Zuständigkeit zur Beantwortung der Dienstaufsichtsbeschwerden auf die Schulleiterinnen und Schulleiter übertragen.

4.6. Anordnung und Genehmigung von Mehrarbeit zur Vermeidung von Unterrichtsausfall

Die Befugnis zur Anordnung von Mehrarbeit erfolgt im Rahmen des Modellversuchs über die in den

DAÜVV eingeräumten Befugnisse hinaus grundsätzlich durch die Schulleiterin oder den Schulleiter.

4.7. Leistungs- und Prämienzahlungen

Soweit Mittel für Leistungsprämien und Zulagenzahlungen in den Haushalt des Landes eingestellt sind, erhalten die Schulleiterinnen oder Schulleiter die Entscheidungsbefugnisse über die Verteilung der für die Schule zur Verfügung gestellten Mittel.

5. Teilbereich Personalmittel und Sachmittel

5.1. Budgetansätze der Schulträger

Voraussetzung für die Budgetierung ist, dass die Haushaltsansätze für alle Kostenstellen schulspezifisch veranschlagt werden.

Dies gilt insbesondere für Lehr- und Lernmittel, Bücherei, Bürobedarf, Inventarunterhaltung sowie Anschaffungen im Vermögenshaushalt. Diese Bereiche sollen in jedem Fall budgetiert und allein durch die Schule bewirtschaftet werden.

Kleine Bauunterhaltungen, Energiekosten und Reinigung können in Verantwortung der Schule in Abstimmung mit dem Schulträger budgetiert und durch die Schule bewirtschaftet werden, wenn es gelingt, stabile praktische Bewirtschaftungsformen der Schule zu gestalten und die möglichen Effizienzgewinne zwischen Schulträger und Schule im beiderseitigen Interesse aufzuteilen.

Auch bei der Großen Bauunterhaltung (Investitionen), bei Wasser, Abwasser und Abfallentsorgung kann dieses im Einvernehmen mit dem Schulträger bestimmt werden.

Das konkrete Ausmaß der Budgetierung ist im Einzelnen festzulegen.

Für die Budgetverantwortlichkeit der Schule ist mittelfristig qualifiziertes Personal des Schulträgers vorzusehen. Für die Projektphase soll es eine besondere Anbindung der Sachbearbeitung beim Schulträger in die Zielsetzung des Modellvorhabens geben.

5.2. Budgetansätze der Schulbehörden

Die am Projekt teilnehmenden Schulen übernehmen Zuständigkeiten vom staatlichen Schulamt und weisen nach, dass auf diesem Wege die quantitativen Unterrichtsansetzungen oder die qualitativen Ergebnisse der Schule verbessert werden können.

Die am Projekt teilnehmenden Schulen übernehmen vom zuständigen staatlichen Schulamt alle Entscheidungsbefugnisse über die Verwendung der ihnen zuge-

wiesenen Personalmittel. Den Schulen wird damit ermöglicht, Personalmittel zu bewirtschaften. Die Sachbearbeitung im staatlichen Schulamt gewährleistet die technische Umsetzung der schulischen Entscheidungen.

Die beteiligten Schulämter gewährleisten, dass alle stellen-, budget- und personalwirtschaftlichen Maßnahmen der Schulen insbesondere durch Beratung der entsprechenden Einzelschule abgesichert werden.

6. Teilbereich Wirtschaftliche Tätigkeit und Drittmittel

In diesem Teilbereich soll erprobt werden, ob es der Qualitätsentwicklung von Schulen dient, wenn Schule über die Aufgabe der Erziehung und Bildung von Schülerinnen und Schülern hinaus weitere Aufgaben übernimmt und wirtschaftlich tätig wird. Eine solche Tätigkeit kann die in Schulen vorhandenen Kenntnisse und Fertigkeiten sowie Ausstattungen für Aufgaben in der Gesellschaft erschließen und den Schülerinnen und Schülern die gesellschaftliche Relevanz ihrer Arbeit in der Schule verdeutlichen.

Als wirtschaftliche Tätigkeit der Schulen kommen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, Verkauf und Vertrieb von Bildungs-, Beratungs- und Serviceleistungen für die regionale Wirtschaft, Vermietung von Ressourcen, Serviceleistungen für Dritte und Verkauf und Vertrieb von Produkten in Betracht. Der Schulträger soll die Schule zum Abschluss entsprechender Verträge bevollmächtigen.

Berücksichtigt werden soll auch die Tätigkeit von Schülerfirmen. Der Begriff der Schülerfirma ist bislang noch nicht gefestigt. In diesem Zusammenhang geht es um eine Form, in der Schülerfirmen rechtlich unselbstständig in der Schule tätig werden.

Auch die Inanspruchnahme von Fördermitteln ist diesem Zusammenhang von Bedeutung. Die Schule soll insoweit eine Antragsberechtigung erhalten. Art und Umfang der Bewirtschaftung ist zu bestimmen.

7. Teilbereich Schulverfassung

Im Modellvorhaben geht es um ein Zurücknehmen der Input-Steuerung (Rücknahme von Genehmigungsvorhalten, Verlagerung von Entscheidungskompetenzen auf die Schulleitung), während gleichzeitig nach neuen Verfahren einer Output-Kontrolle gesucht wird. Im Sinne der erweiterten Selbstständigkeit liegt die Verantwortung für die Qualitätsentwicklung und -sicherung zunächst bei der Einzelschule, die die gewährten Zuständigkeiten ausfüllen muss und ferner im Bereich der gemeinsamen Entscheidungsfindung zwischen Schule und staatlichem Schulamt.

Während des Modellvorhabens soll das schulische Innenverhältnis (Schulleitung und Mitwirkungs-

mien) sowie die Frage der Einbindung von Schulträger und Schulaufsicht in die schulische Gremienstruktur beraten werden, auch unter Beachtung der unterschiedlichen Mitsprache- und Entscheidungsrechte. Hierzu legen die beteiligten Schulen Vorschläge über geeignete Strukturen und Verfahren des notwendigen Informations- und Beratungsaustauschs vor.

Die Stärkung der Selbstständigkeit von Schulen soll auch dafür genutzt werden, modellhaft das Zusammenwirken von Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern zu entwickeln und dafür geeignete Formen zu finden. Die Schule soll dazu Bildungs- und Erziehungsvereinbarungen schließen.

8. Durchführung

Schulen können sich bis zum 30. September 2004 um Teilnahme an dem Modellvorhaben bewerben. Die Bewerbung muss folgende Unterlagen oder Aussagen umfassen:

1. Ein Schulprogramm, das klare Aussagen zur Profilierung der Schule und zum pädagogischen Konzept der Arbeit in der Schule enthält und die Erprobung erweiterter Entscheidungsbefugnisse umfasst.
2. Darstellung der Teilbereiche, in denen die Schule eine Stärkung ihrer Selbstständigkeit anstrebt.
3. Darstellung der vorgesehenen internen Evaluation der zu erprobenden Maßnahmen.
4. Bereitschaft, neue Formen des Zusammenwirkens von Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern zu entwickeln.
5. Bereitschaft zur Kooperation mit außerschulischen Partnern.
6. Zustimmung der Schulkonferenz zur Teilnahme am Modellvorhaben.
7. Zustimmung des Schulträgers zur Teilnahme am Modellvorhaben.

Eine Auswahl der Schulen soll bis zum 17. Dezember 2004 getroffen werden. Die ausgewählten Schulen werden mit Beginn des Schuljahres 2005/2006 in das laufende Modellvorhaben integriert. Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, das Pädagogische Landesinstitut sowie die beteiligten staatlichen Schulämter und die beteiligten Schulträger unterstützen diese Schulen bei der Einbindung in das Modellvorhaben.

9. Personal- und Sachmittelbedarf

Die neu aufzunehmenden Schulen erhalten ab dem ersten Schulhalbjahr des Schuljahres 2005/2006 für den

Zeitraum der Durchführung des Modellvorhabens je sechs Anrechnungsstunden. Diese Anrechnungsstunden können auch für die Erledigung des durch die Teilnahme am Modellvorhaben bedingten Mehraufwandes in der Schule kapitalisiert werden und für die Einstellung und Vergütung von Sachbearbeitungskapazitäten genutzt werden. Die beteiligten staatlichen Schulämter und die beteiligten Schulträger sorgen dafür, dass die Schulen bei der Durchführung des Modellvorhabens die notwendige Unterstützung erhalten. Dabei soll nach Möglichkeit je eine Person in den Ämtern für diese Aufgabe in dem erforderlichen Umfang freigestellt werden. Die Leiterin oder den Leiter der Steuerungsgruppe wird im erforderlichen Umfang für die Aufgabe freigestellt. Sie oder er wird unterstützt durch eine Sachbearbeitung.

10. Evaluation

Die Umsetzung der genannten Teilbereiche ist intern zu überprüfen, die Ergebnisse sind einmal im Jahr zu dokumentieren. Ziele und Verfahren einer externen Evaluation des Modellvorhabens werden mit den beteiligten staatlichen Schulämtern festgelegt. Die abschließende Dokumentation wird mit fachlichen Stellungnahmen und Empfehlungen für eine Übertragung der Projekterfahrung in den Regelbereich der Schulen im Land Brandenburg versehen. Alle notwendigen Evaluationen der quantitativen und qualitativen Auswirkungen des Projekts sollen in dieser Abschlussdokumentation enthalten sein.

Stellenausschreibung für eine deutsche Schule im Ausland

**Die folgende Stelle
für einen Schulleiter/eine Schulleiterin ist zu besetzen**

Deutsche Evangelische Oberschule Kairo, Ägypten

Besetzungsdatum: 01.08.2005
Bewerbungsende: 31.08.2004

Zweisprachige Schule mit integriertem Unterrichtsprogramm und bikulturellem Schulziel
Klassenstufen: 1 - 12
Schülerzahl: 1047
Reifeprüfung
Deutsches Sprachdiplom der KMK
Sekundarabschluss des Landes

Voraussetzungen:

Lehrbefähigung für die Sekundarstufe I und II
Bes.Gr. A 15/ A 16 Verg. Gr. I a/I BAT- O

Gute Englischkenntnisse sind erforderlich.

Erfahrungen im Auslandsschuldienst sind erwünscht. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit kulturellen Einrichtungen im Gastland wird erwartet.

Bewerbung:

Fragebögen für die Bewerbung stehen im Internet unter www.auslandsschulwesen.de zur Verfügung.

Die Bewerbung ist möglichst umgehend zweifach auf dem Dienstweg über Ihre Schulleitung, Ihr staatliches Schulamt, das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, Frau Dr. Jutta Thiemann, zuständiges Mitglied im Bund-Länder-Ausschuss für schulische Arbeit im Ausland (BLASchA) an das Bundesverwaltungsamt - Zentralstelle für das Auslandsschulwesen – VI R I, Barbarastr. 1, 50728 Köln, zu richten.

Um direkte Übersendung einer Durchschrift des Bewerbungsschreibens, eines ausgefüllten Fragebogens und eines Lebenslaufs an die Zentralstelle (als Vorabinformation) und einer weiteren Kopie an Frau Dr. Jutta Thiemann, Ministerium für Bil-

dung, Jugend und Sport, Steinstraße 104 – 106, 14480 Potsdam, wird gebeten.

Bewerberinnen/Bewerber müssen die in der Ausschreibung angegebene Besoldungs-/ Vergütungsgruppe innehaben. Soweit Bewerberinnen/Bewerber diese Voraussetzungen noch nicht erfüllen, sind im Ausnahmefall Bewerbungen auch dann möglich, wenn Tätigkeiten längerfristig und erfolgreich wahrgenommen wurden, die im Inland zur Einweisung in die ausgeschriebene Besoldungsgruppe bzw. zur Eingruppierung in die vergleichbare Vergütungsgruppe führen können. Hierzu ist eine ausdrückliche Empfehlung für die Tätigkeit als Schulleiterin/Schulleiter im Ausland durch den Dienstherrn erforderlich.

Sofern sich Bewerberinnen/Bewerber höherer Besoldungsgruppen auf eine Schulleiterstelle bewerben, ist für eine Vermittlung neben der Zustimmung des beurlaubenden Landes das Einverständnis der Bewerberin/des Bewerbers zur Gewährung der Zuwendungen auf Basis der für die Schulleiterstelle ausgeschriebenen (niedrigeren) Besoldungsgruppe erforderlich. Drittbewerber werden nicht berücksichtigt.

Amtsblatt des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport

des Landes Brandenburg

Herausgeber: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg - Referat 12 -

Der Bezugspreis beträgt jährlich 55,22 € (zzgl. Versandkosten + Portokosten). Die Preise gelten zuzüglich 7 % MwSt.

Die Berechnung erfolgt im Namen und für Rechnung des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg.

Die Kündigung ist nur zum Ende eines Bezugsjahres zulässig; sie muss bis spätestens 3 Monate vor Ablauf des Bezugsjahres dem Verlag zugegangen sein.

Die Lieferung dieses Blattes erfolgt durch die Post. Reklamationen bei Nichtzustellung, Neu- bzw. Abbestellungen, Änderungswünsche und sonstige Anforderungen sind an die Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH zu richten.

Herstellung, Verlag und Vertrieb: Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH, Karl-Liebknecht-Straße 24–25, Haus 2,
14476 Potsdam-Golm, Telefon Potsdam 56 89 - 0